

Alisa Gadas und Dalik Sojref
Von Repression und Emanzipation.
Jüdisches Leben in Russland von der Oktober-
revolution bis heute

Working Paper IV

Der Gang der Geschichte(n).
Narrative über Jüdinnen und Juden,
Judentum, die Shoah und Israel

Tanja Lenuweit (Hg.)

Der Gang der Geschichte(n) wird gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Auswärtigen Amt.



Alisa Gadas und Dalik Sojref
Von Repression und Emanzipation.
Jüdisches Leben in Russland von der Oktober-
revolution bis heute

Working Paper IV

Der Gang der Geschichte(n).
Narrative über Jüdinnen und Juden,
Judentum, die Shoah und Israel



Das Projekt »Der Gang der Geschichte(n). Narrative über Jüdinnen und Juden, Judentum, die Shoah und Israel« wird von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung seit Juli 2019 umgesetzt und endet im Juni 2023.

Herausgeberin: Tanja Lenuweit

Redaktion: Tanja Lenuweit, Maria Kireenko

Lektorat: Konrad Krämer

Gestaltung: Gaston Isoz

2. korrigierte Auflage, Juni 2023

Working Paper des Projekts

Working Paper I

Von einer lokalen zu einer globalen Community. Zur jüdischen Geschichte Syriens

Working Paper II

Hidden Stories of Damascene Jews. A collection of the cultural memory of the last generation of Jews in Damascus

Working Paper III

*Narrative über Jüdinnen*Juden, Judentum, die Shoah und Israel in Syrien*

Working Paper IV

Von Repression und Emanzipation. Jüdisches Leben in Russland von der Oktoberrevolution bis heute

Working Paper V

*Traditionen, Kontinuitäten und Veränderungen. Narrative und Diskurse über Jüdinnen*Juden in Marokko*

Working Paper VI

*Russischsprachige Jüdinnen*Juden, Russlanddeutsche und Russinnen*Russen. Gruppenübergreifende Interviewarbeit im russophonen Deutschland*

Working Paper VII

Jüdische (Un-)Sichtbarkeiten. Verhandlungen von Antisemitismus und antislawischem Rassismus in der zweiten Generation jüdischer Kontingentflüchtlinge

Working Paper VIII

*Russischsprachige Jüdinnen*Juden in Berlin. Zwei Interviews zur Sprachpraxis während des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine*

Alle Working Paper sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Herausgeber unzulässig und strafbar.

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH

Alt-Reinickendorf 25

13407 Berlin

www.minor-kontor.de

Kontakt: t.lenuweit@minor-kontor.de

www.minor-kontor.de/der-gang-der-geschichten



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Einleitung	9
Teil 1	
Jüdisches Leben in der Sowjetunion	11
Das Judentum in der UdSSR am Vorabend des Zweiten Weltkrieges	11
Zweiter Weltkrieg	13
Die »Schwarzen Jahre« unter Stalin 1948–1953	16
Kampagnen gegen »Zionisten« und »Wurzellose Kosmopoliten«	17
Jüdische Reaktionen auf die Kampagnen	18
»Über Babij Jar, da steht keinerlei Denkmal« – Erinnerung an die Shoah und den Großen Vaterländischen Krieg	19
Grauzonen des Shoah-Gedenkens	20
1967: Der Sechstagekrieg als turning point der sowjetisch-israelisch-jüdischen Beziehungen	21
Die Otkaznik-Bewegung in der UdSSR	22
Teil 2	
Zwischen Zusammenbruch und Aufbruch 1985–1992	25
Massenexodus – Emigration sowjetischer Jüdinnen*Juden	25
Revival jüdischen Lebens	28
Teil 3	
Jüdisches Leben in Russland heute	31
Jüdische Identität und Selbstverständnis	31
Organisationsstrukturen seit 1990	32
Neuverhandlungen der Geschichte – Erinnerung an die Shoah heute	34
Die Shoah im staatlichen Narrativ	36

Antisemitismus	38
Der Fall Farber – Der Vorwurf der »doppelten Loyalität«	41
Fazit und Ausblick	42
Nachwort	44
Literatur	47

Vorwort

Das Projekt »Der Gang der Geschichte(n)« untersucht Narrative zu Jüdinnen* Juden, Judentum, der Shoah und Israel in vier ausgewählten Herkunftsländern von Zugewanderten – Syrien, Marokko, Polen und Russland – und in entsprechenden Communitys in Deutschland. Dazu beauftragten wir Expert*innen mit Länderrecherchen und lassen qualitative Interviews in Communitys von Zugewanderten durchführen. Uns interessiert dabei, ob und wie sich Narrative der Herkunftsländer in Deutschland verändern und welche Wechselwirkungen sie mit deutschen Narrativen eingehen. Ein besonderes Anliegen ist es uns, jüdisches Leben in den Herkunftsländern sichtbar zu machen und jüdische Perspektiven einzubeziehen. Die Ergebnisse unserer Recherchen werden veröffentlicht und bei Fachaustauschen und Tagungen vorgestellt und diskutiert.

Das vorliegende Working Paper beschäftigt sich mit dem Herkunftsland Russland. Es vermittelt einen so profunden wie differenzierten Einblick in die wechselvolle Geschichte der jüdischen Gemeinschaft Russlands von der Gründung der Sowjetunion bis heute. Die Autor*innen Alisa Gadas und Dalik Sojref gehen chronologisch und zugleich analytisch vor, auf diese Weise werden Veränderungen und Kontinuitäten genauso deutlich wie Widersprüche und Ambivalenzen. So zeigen sie, wie subtiler und offener Antisemitismus das jüdische Leben in der Sowjetunion prägte und wie staatliche antisemitische Politiken zu Assimilations- und Anpassungsdruck führten, aber auch, dass es immer jüdische Selbstbehauptung und Widerstand gab – angefangen von Ausreisebestrebungen bis hin zu politischen Aktivismus.

Brachten spätestens die Jahre unter Stalin das sichtbare kulturelle und religiöse jüdische Leben fast völlig zum Verschwinden, erlebte es nach dem Ende der Sowjetunion eine regelrechte Renaissance – während es gleichzeitig weiter offenen Antisemitismus gab und immer mehr Jüdinnen*Juden emigrierten. Die jüdische Gemeinschaft im heutigen Russland ist, wie fast überall, heterogen, was sich im Selbstverständnis und in der Selbstverortung der jüdischen Menschen, aber auch in der Diversität der vielen in Russland aktiven jüdischen Organisationen widerspiegelt.

Das Ende der Sowjetunion führte auch zur Öffnung von Archiven, zu Neuaushandlungen und Veränderungen in der Geschichts- und Erinnerungskultur und deren Institutionalisierung mit neuen Museen und Instituten. In der staatlichen sowjetischen Erinnerungskultur hatte das Gedenken an die Shoah wenig Raum, es waren vor allem jüdische Akteur*innen und Initiativen, die Grauzonen nutzten und den Ermordeten gedachten. Im Fokus des staatlichen Narrativs stand das Leid des gesamten sowjetischen Volkes mit seinen 27 Millionen Toten. Die Shoah ist heute anerkannt und Teil der Gedenkkultur und dennoch, dies können die Autor*innen deutlich machen, bleibt der Umgang mit dieser Geschichte mindestens ambivalent.

Die Recherche war bereits abgeschlossen und das Working Paper kurz vor der Fertigstellung, als der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begann. Vor diesem Hintergrund ist die Studie mit ihrer abschließenden Analyse der gegenwärtigen Situation hochaktuell. Vieles, was Alisa Gadas und Dalik Sojref

hier über gegenwärtige historische Narrative und die Rhetorik Putins schreiben, findet sich in der Kriegsrhetorik der Angreifer wieder. So stellen die Autor*innen bei ihrer Analyse der gegenwärtigen Geschichts- und Erinnerungskultur beispielsweise fest, dass bei Gedenkveranstaltungen und in offiziellen Schreiben immer häufiger auf die Kollaboration von Täter*innen aus der Ukraine, Polen oder dem Baltikum hingewiesen werde, russische Mittäter*innen ausgespart und die Rote Armee als Befreierin der Jüdinnen*Juden inszeniert würden. Sie weisen in ihrer Studie auch daraufhin, dass der Vorwurf des Antisemitismus immer häufiger im Kontext außenpolitischer Beziehungen auftauche und vor allem zwischen Russland und Ukraine ein Kampfbegriff geworden sei.

Vor dem Hintergrund des Angriffskrieges haben sich die Autor*innen entschlossen der Studie ein Nachwort anzufügen, mit dem sie die scheinbar irritierende politische Rhetorik Putins – wie beispielsweise sein Sprechen von einem »Genozid am russischen Volk« oder der »Entnazifizierung der Ukraine« – in die Geschichtspolitik des Kremls, die Selbstviktimisierung und die Vorstellung von einer »Russischen Welt« einordnen. Welche Auswirkungen dieser Krieg und die extremen Veränderungen, die die russische Gesellschaft gerade vollzieht, auf die jüdische Gemeinschaft in Russland haben werden, muss offen bleiben – die Prognosen sind eher düster.

April 2022

Tanja Lenuweit

Einleitung

Das Verhältnis der Sowjetunion und Russlands zu den dort lebenden Jüdinnen*Juden¹ war schon immer und ist nach wie vor ambivalent. Das Judentum in Russland ist geprägt von der 70-jährigen Geschichte der Sowjetunion und ihrer Nationalitätenpolitik, von historischen Umbrüchen und von gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Entwicklungen.

Die jüdische Gemeinschaft Russlands war bis 1990 die zweitgrößte in der Diaspora², heute nimmt sie nur noch den fünften Platz ein (Tolts 2004: 40f.). Es entstanden große russischsprachige jüdische Communitys in Deutschland, Israel und den USA, deren Geschichte mittlerweile gut erforscht ist. In den letzten Jahrzehnten erschienen besonders in den USA und Israel unzählige wissenschaftliche Arbeiten über die russischen bzw. sowjetischen Jüdinnen*Juden und seit der Öffnung der russländischen Archive in den 1990er Jahren entstanden auch im russischsprachigen Raum verschiedene Quelleneditionen, Publikationen und Institutionen zur Erforschung dieser Geschichte.

Die vorliegende Arbeit behandelt nur einen kleinen Ausschnitt aus der Geschichte der Jüdinnen*Juden in Russland, der wir hier in ihrer Gänze, Komplexität und Verwobenheit nicht gerecht werden können. Dennoch verfolgen wir mit dieser Überblicksdarstellung zu Narrativen über Jüdinnen*Juden, Judentum, Shoah und Israel in Russland die Absicht, einen möglichst breiten Blick auf dominante Themen und unterschiedliche Diskursstränge sowie ihre Wandlungsprozesse zu werfen. Welche historischen Ereignisse prägten die jüdische Gemeinschaft Russlands und auf welche Art und Weise? Welche Themen, Personen und Ereignisse waren und sind heute für die jüdische Gemeinschaft relevant? Welche politische Bedeutung hatten und haben die jüdische Gemeinschaft, Israel und die Shoah in Russland?

Um uns diesen Fragen zu nähern, untersuchen wir sowohl die Perspektive der Mehrheitsgesellschaft und des Staates als auch deren Wechselwirkung mit jüdischen Selbstwahrnehmungen und Gegennarrativen.

Im ersten Teil des Working Papers befassen wir uns mit der Geschichte der Jüdinnen*Juden in der UdSSR. Der Schwerpunkt dieser Überblicksdarstellung liegt auf der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – diese Zeit prägt das kollektive Gedächtnis in Russland bis heute noch stark. Nach einführenden Bemerkungen zum jüdischen Leben in der Vorkriegszeit und zu den Folgen des Zweiten Weltkrieges widmen wir uns den Nachkriegsjahren unter Iosif V. Stalin (1945–1953), welche aufgrund antisemitischer und antizionistischer Kampagnen das Verhältnis der sowjetischen Jüdinnen*Juden zum Staat grundlegend erschütterten. Anschließend wird der Umgang mit der Shoah thematisiert – sowohl das staatliche Verschweigen des nationalsozialistischen Völkermords als auch die zivilgesellschaftlichen Versuche, dem entgegenzuwirken. Der Antizionismus, der schon unter Stalin zum politischen Kampfbegriff wurde und deutlich antisemitische Züge trug, entflammte im Zuge des Sechstagekrieges 1967 erneut und blieb bis zum Schluss Teil der sowjetischen Politik. Er war auch ein Grund für den Ausreisewunsch vieler Jüdinnen*

¹ Im Folgenden verwenden wir die genderneutrale Schreibweise Jüdinnen*Juden. Das generische Maskulinum wird verwendet, wenn abstrakte Rollenzuschreibungen der Mehrheitsgesellschaft gemeint sind.

² Als jüdische Diaspora wird die Zerstreung der Jüdinnen*Juden in der Welt beschrieben, die mit der Vertreibung der Jüdinnen*Juden aus Juda, dem Gebiet des heutigen Israels im Jahr 597 v.d.Z. begann. Die meisten Jüdinnen*Juden leben in den USA.

nen*Juden, dem die sowjetische Führung allerdings mit Repressionen begegnete. Die Darstellung der aus diesem Konflikt hervorgegangenen *Otkaznik*-Bewegung, welche nicht nur eine bedeutende dissidentische Bewegung war, sondern auch das Überleben jüdischer Kultur und Tradition in der UdSSR sicherte, bildet den Abschluss dieses Kapitels.

Im zweiten Teil nehmen wir die Umbruchszeit in den Blick, die mit dem Amtsantritt Michail S. Gorbatschovs 1985 und seinen Reformbestrebungen beginnt und mit dem Zerfall der Sowjetunion in den frühen 1990er Jahren endet. Diese Periodisierung nehmen wir vor, da in diesem Zeitraum ein Wiederaufblühen jüdischen kulturellen und religiösen Lebens stattfand, in dem zivilgesellschaftliche Initiativen eine zentrale Rolle spielten. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung verließen jedoch knapp eine Million Jüdinnen*Juden die UdSSR und ihre Nachfolgestaaten in Richtung Israel, Deutschland und die USA. Diese gleichzeitigen und doch gegensätzlichen Entwicklungen gilt es in diesem Kapitel zu erläutern. Der dritte Teil der Arbeit ist der Versuch, Perspektiven und Probleme jüdischen Lebens im heutigen Russland zu umreißen. Dabei geht es zunächst darum, die Organisationslandschaft darzustellen, die sich in den letzten 30 Jahren entwickelt hat, sowie die Beziehungen der jüdischen Institutionen untereinander und ihr Verhältnis zum Staat. Außerdem fragen wir nach der jüdischen Selbstwahrnehmung, nach Neuverhandlungen der Geschichte und nach gegenwärtigem Antisemitismus, aber auch danach, wie Russland unter dem aktuellen Präsidenten Vladimir V. Putin heute mit diesen Themen umgeht.

Teil 1

Jüdisches Leben in der Sowjetunion

Das Leben von Jüdinnen*Juden in der Sowjetunion war über die knapp 70 Jahre ihres Bestehens (1922–1991) ständigen Veränderungen unterworfen. Widersprüche und Ambivalenzen prägten das Verhältnis zwischen Staat und Minderheit: Auf Assimilationsbestrebungen folgten in der Vorkriegszeit die Förderung jüdischen kulturellen Lebens und jiddischer Sprache und anschließend wieder das Verbot selbiger. Auch erlebten Jüdinnen*Juden die Zeit in Abhängigkeit davon, in welcher der Sowjetrepubliken sie lebten, ob sie in städtischen oder ländlichen Regionen wohnten und welchen sozialen Status sie hatten. Dennoch prägten drei Paradigmen der sowjetischen Politik das Verhältnis von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft über die Jahrzehnte hinweg:

1. Die Definition des Judentums als zu assimilierende Nation und damit einhergehend die Beschränkung und Unsichtbarmachung jüdischen religiösen und kulturellen Lebens.
2. Der Ausschluss der Shoah aus dem Narrativ des »Großen Vaterländischen Krieges« und das Abstreiten jeglicher Sonderstellung der Verfolgung von Jüdinnen*Juden im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg.
3. Der sowjetische Antizionismus, der sich stellenweise antisemitischer Diskurse bediente und die Ausreise sowjetischer Jüdinnen*Juden erschwerte.

Diese Paradigmen der sowjetischen Politik wirkten sich auch auf die Zusammensetzung und das Selbstverständnis der sowjetischen Jüdinnen*Juden aus. Jüdische religiöse und kulturelle Institutionen und damit auch das kulturelle Leben verschwanden, wenn nicht durch die antireligiösen Kampagnen der Zwischenkriegszeit, dann durch die repressive Politik der 1940er und 1950er Jahre. Viele beugten sich dem Druck, sich an die jeweilige nationale Umgebung anzupassen. Gleichzeitig stieß die staatliche Politik auf Widerstand, was sich unter anderem an der hohen Anzahl der Ausreisearträge nach Israel zeigte. Seit den späten 1960er Jahren äußerte sich dieser Widerstand zunehmend auch im jüdischen *Samizdat*³ und in politischem Aktivismus, etwa der sogenannten *Otkaznik*⁴-Bewegung.

Das Judentum in der UdSSR am Vorabend des Zweiten Weltkrieges

Die Sowjetunion war ein Vielvölkerstaat und das Zusammenleben verschiedener Nationalitäten ein zentrales Thema für die sowjetische Führung. Das sowjetische Judentum geriet aus zweierlei Gründen besonders ins Visier der Staatsmacht: als Nationalität einerseits und als Religion andererseits.⁵ Als Religionsgemeinschaft waren Jüdinnen*Juden, so wie andere Konfessionen, zahlreichen antireligiösen Gesetzen unterworfen. Zum Beispiel war die gerade im Judentum besonders wichtige religiöse Bildung unter dem Vorwand des »Schutzes der Rechte Minderjähriger« verboten, da diese bis zur Volljährigkeit keine »weltanschauliche Reife« besäßen (Oks 2004: 96). Gerade Jüdin-

3 Im Eigenverlag und an der Zensur vorbei erschienene Bücher, Zeitschriften und Texte.

4 Von russ. *otkaz* – Absage/Ablehnung; im Englischen auch oft Refuseniks genannt, bezeichnet Jüdinnen*Juden, deren Antrag auf Ausreise abgelehnt wurde, sowie die politische Bewegung, die einige von ihnen angestoßen haben.

5 Im Russischen gibt es zwei unterschiedliche Begriffe: *evrej* meint die ethnische, *iudej* die religiöse Zugehörigkeit. Gebräuchlicher ist *evrej*, was in der Alltagssprache beide Aspekte mit einschließt (Čerkasski 2013: 86). Die Nationalität wurde im Pass seit 1932 angegeben. Diese Informationen halfen den Nationalsozialisten später bei der Erkennung und Ermordung der sowjetischen Jüdinnen*Juden (Zeltser 2019: 28).

nen*Juden der jüngeren Generation, die sich selbst als assimiliert begriffen, glaubten zunächst noch daran, unter sowjetischer Herrschaft in einer neuen, internationalistischen Gesellschaft nicht mehr aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert zu werden. Dafür waren sie bereit, sich von der jüdischen Tradition loszusagen, und beteiligten sich in großen Teilen an der kommunistischen Bewegung (Gitelman 2014: 256; Kostyrčenko 1995: 56). Sie begriffen sich nunmehr als Jüdinnen*Juden nicht im religiösen, sondern im kulturellen und nationalen Sinne und trieben eine Art jiddische, proletarische Sowjetkultur voran.⁶ Viele von ihnen fielen den stalinistischen »Säuberungen« 1937–1938 zum Opfer (Grüner 2021: 42).

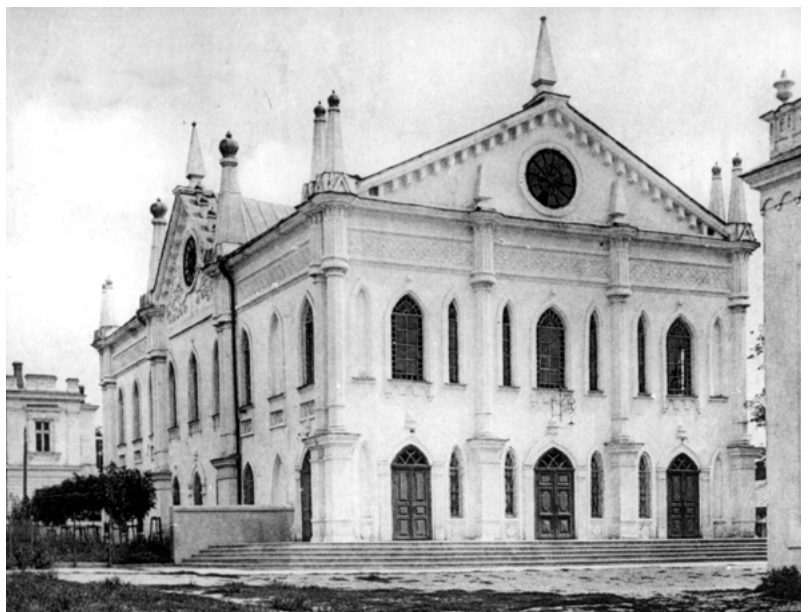
Dabei inszenierte sich die politische Führung gern als Schutzpatron von nationalen Minderheiten, darunter auch von Jüdinnen*Juden. Tatsächlich hatten die Bolschewiki antijüdische Gesetze der Zarenzeit abgeschafft und Antisemitismus unter Strafe gestellt. In der Großen Sowjetischen Enzyklopädie von 1953 hieß es etwa:

»Der nationale und rassische Chauvinismus ist ein Überbleibsel der menschenfeindlichen Sitten aus der Zeit des Kannibalismus. [...] Antisemitismus ist für Arbeiter gefährlich, wie ein falscher Weg, der sie vom rechten Weg abbringt und in den Dschungel führt. Daher können Kommunisten als konsequente Internationalisten nur unversöhnliche und erklärte Feinde des Antisemitismus sein. In der UdSSR wird Antisemitismus als ein dem sowjetischen System zutiefst feindliches Phänomen gesetzlich strengstens verfolgt« (Bol'shaja sovetskaja ènciklopedija 1953: 513, Übersetzung der Autor*innen).

Antisemitismus, so hieß es in der Enzyklopädie weiter, sei die äußerste Form rassischen Chauvinismus, welche von der Ausbeuterklasse als konterrevolutionäres Mittel benutzt werde. Er äußere sich in Feindseligkeit und Gewalt gegenüber Juden, in ihrer Vertreibung und in der Einschränkung ihrer Rechte. Nunmehr sei der Antisemitismus ein wesentliches Charakteristikum der »anglo-amerikanischen imperialistischen, bourgeoisen Rassenpolitik«. Der sowjetische Begriff des Antisemitismus war also ein politischer: Antisemi-

⁶ Während Hebräisch als religiöse Sprache verboten wurde, galt Jiddisch als proletarisch und wurde daher geduldet.

Cherson, Ukraine. Außenansicht einer Synagoge, 1902. *Quelle: Yad Vashem 4147/133*



tismus sei Merkmal des überwundenen Zarenreichs, des besiegten nationalsozialistischen Deutschland, des Imperialismus und Kapitalismus, die es noch zu überwinden gelte. In der UdSSR dagegen entziehe man durch die Integration und Assimilation von Juden und die »Liquidierung« der den Antisemitismus befeuernden Ausbeuterklasse den Nährboden für antisemitische Tendenzen. Weiterhin, so heißt es in der Definition, sehe Lenin die Juden nicht als Feinde der Arbeiterschaft, sondern als einen wichtigen Teil derselben. Nach Stalin seien in der UdSSR alle Nationen und Ethnien in allen Lebensbereichen gleichgestellt (Bol'shaja sovetskaja enciklopedija 1953: 512–513). In der breiten Bevölkerung fruchteten diese theoretischen Überlegungen nur bedingt. Hinweise auf das Fortbestehen von Ressentiments in der sowjetischen Bevölkerung geben Befragungen aus dem Harvard-Interviewprojekt der 1950er Jahre, welches sowjetische Emigrant*innen nach ihrer Wahrnehmung von der Gleichbehandlung der Völker befragte. Die Interviewten zeigen ein Bewusstsein für die Thematik, etwa für Veränderung der Sprache, so berichten viele von der Strafbarkeit der Verwendung des Wortes *žid*⁷, behaupten allerdings auch, dass Jüdinnen*Juden die »wichtigste Rolle« in der Sowjetunion spielen und privilegierte Behandlung genießen würden.

Zweiter Weltkrieg

Von den etwa fünf Millionen Jüdinnen*Juden, die auf dem Gebiet der Sowjetunion einschließlich der bis zum 22. Juni 1941 besetzten Gebiete lebten, überlebten nur etwa 2,2 Millionen den nationalsozialistischen Völkermord. Einige überlebten im Exil, andere als Partisan*innen. Zwischen 300.000 und 500.000 Jüdinnen*Juden kämpften in der Roten Armee (Altshuler 2014: 16). Sie verstanden sich selbst als »Patrioten der Heimat« und als »Rächer« ihrer Verwandten (Grüner 2008: 167, zit. nach einem Brief eines jüdischen Oberleutnants an Ilja Ehrenburg). Soldat*innen der Roten Armee gehörten zu den Ersten, die systematisch Quellen zu nationalsozialistischen Verbrechen sammelten. In diesen Quellen, Tagebüchern sowie Militärberichten, die bis 1991 nicht zugänglich waren, ist explizit von Verbrechen an Jüdinnen*Juden die Rede (Al'tman 2012: 91f.). Öffentliche Berichterstattung über die Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung gab es dagegen kaum – es sei denn, sie diene politischen Zwecken der sowjetischen Führung. So findet sich in der Tageszeitung *Pravda*, dem Sprachrohr der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), vom 25. August 1941 auf der dritten Seite die Überschrift »Jüdische Brüder der Welt (*Bratja evrei vsego mira*)«, unter der verschiedene prominente Jüdinnen*Juden über den millionenfachen Mord an den Jüdinnen*Juden berichten und zum internationalen Kampf gegen den Faschismus aufrufen. Diese Informationen setzte die sowjetische Führung insbesondere bei der Kommunikation mit den westlichen Alliierten ein, von denen sie sich finanzielle und militärische Unterstützung erhoffte. Eigens dafür wurde 1942 das Jüdische Antifaschistische Komitee (JAFK) gegründet (Karlsson 2013: 491).

Innerhalb der Bevölkerung verbreiteten sich noch während des Krieges verschiedene Gerüchte, die auch nach Kriegsende das kollektive Bewusstsein prägten. In seinen Erinnerungen schrieb der Komponist Dimitrij Šostakovič:

⁷ Der antisemitische Begriff wurde von den Bolschewiki zwar nicht per Gesetz verboten, aber seine Verwendung durch ihre Kampagnen gegen Antisemitismus und Pogrome eingeschränkt.

»Obwohl viele Juden in den Lagern starben, hörte ich nur: ›Juden kämpften in Taschkent«. Und wenn sie einen Juden mit militärischen Orden sahen, riefen sie ihm nach: ›Jude, wo hast du deine Orden gekauft?« (Šostakovič 1961, zit. nach: Ogareva 2018, Übersetzung der Autor*innen).⁸

Tatsächlich wurden Teile der jüdischen Bevölkerung nach Sibirien, Zentralasien oder in den Ural evakuiert, allerdings auch mit dem Ziel, die Industrie sowie entsprechende Arbeitskräfte angesichts der herannahenden deutschen Truppen zu sichern (Karlsson 2013: 490). In den von Deutschen besetzten Gebieten fruchtete die antisemitische Propaganda nicht selten und fand auch nach 1945 noch Ausdruck. Die Tatsache, dass in den von Deutschen annektierten Gebieten auch die lokale Bevölkerung an den Verbrechen mitwirkte, prägte das Verhältnis der Jüdinnen*Juden zur Mehrheitsgesellschaft nachhaltig (Grüner 2021: 43).

Das Jüdische Antifaschistische Komitee und das Schwarzbuch

Das JAFK wurde 1942 als Teil des Sovinformbüros, dem sowjetischen Kriegspropagandainstrument, gegründet. Ziel des Komitees war es zunächst, im Ausland für Unterstützung der Roten Armee im Kampf gegen den Nationalsozialismus zu werben. Mit Ende des Krieges war die ursprüngliche Bestimmung des JAFK erfüllt, das Komitee unter der Führung des bekannten Schauspielers Solomon Michoels widmete sich nunmehr innenpolitischen und nicht länger außenpolitischen Belangen. In der jüdischen Bevölkerung weckte das die Hoffnung, im JAFK eine Art Anwalt gefunden zu haben, was sich unter anderem in zahlreichen Zuschriften aus der jüdischen Bevölkerung zeigte. Sie erhofften sich eine Verbesserung ihrer prekären Situation nach dem Krieg und ein Einschreiten gegen antisemitische Stimmungen.

Eine Neuorientierung war jedoch nicht im Interesse der Staatsmacht. Das Misstrauen gegenüber den Initiativen des Komitees wuchs insbesondere wegen der Erstellung des *Schwarzbuches* (vollständiger Titel: »Schwarzbuch: Über den grausamen Massenmord an Juden durch die deutsch-faschistischen Besatzer in den vorübergehend besetzten Gebieten der Sowjetunion und in den Lagern in Polen während des Krieges 1941–45«, Übersetzung der Autor*innen), in dem Materialien zu nationalsozialistischen Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung gesammelt werden sollten. Kurz vor der Publikation wurde den Herausgebern Vasilij Grossman und Ilja Erenburg jedoch die Zusammenarbeit mit amerikanischen und anderen ausländischen Organisationen zum Vorwurf gemacht. In einem internen Schreiben begründete der Leiter der Agitprop-Abteilung Georgij Aleksandrov das Verbot des Buches:

⁸ Der Komponist vertonte in seiner 13. Sinfonie 1961 das Gedicht *Babij Jar* von Evgenij Evtušenko, in dem es um die Shoah, aber auch um russischen Antisemitismus ging.

»Dem Leser wird der Eindruck vermittelt, dass die Deutschen nur gegen die UdSSR gekämpft hätten, um die Juden zu vernichten. Die Deutschen waren angeblich nachsichtig gegenüber Russen, Ukrainern, Weißrussen, Litauern, Letten und anderen Nationalitäten der Sowjetunion (...) Das von V. Grossman verfasste Vorwort weist darauf hin, (...) dass die Deutschen bei der Vernichtung der Völker der Sowjetunion eine bestimmte Rangfolge hätten (...) Das Propagandaamt hält die Veröffentlichung des Schwarzbuchs in der UdSSR für unzweckmäßig« (Aleksandrov 1947, Übersetzung der Autor*innen).

Das *Schwarzbuch* wurde daher aufgrund »gravierender politischer Fehler« (Grüner 2008: 86, zit. nach der Beurteilung durch die Agitprop-Abteilung) nicht veröffentlicht. Der ausschlaggebende Grund war also, dass das Buch nicht zur Nachkriegsideologie passte: Es gestand den Jüdinnen*Juden eine Sonderrolle im Vernichtungskrieg der Deutschen gegenüber anderen Sowjetvölkern zu. Außerdem wurde die Kollaboration sowjetischer Bürger*innen erwähnt, was ebenfalls die sowjetische Meistererzählung gefährdete.

Das JAFK wurde im November 1948 zerschlagen, mehrere Mitglieder ermordet und schließlich begann eine Kampagne gegen die »weltweite zionistische Verschwörung«, gegen »wurzellose Kosmopoliten«. Michoels wurde bereits im Januar 1948 auf Stalins Anordnung hin bei einem fingierten Autounfall ermordet. In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1952 wurden 13 ehemalige Mitglieder ermordet, viele von ihnen Schriftsteller*innen, weshalb der Mord als »Nacht der getöteten Poeten« bezeichnet wird (Rubenstein/Naumov 2001: 1–64).



Polina Gelman, in Uniform der Roten Armee, UdSSR. Quelle: *Yad Vashem* 4788/55

Die »Schwarzen Jahre« unter Stalin 1948–1953

Mit Blick auf den Spätstalinismus ist häufig die Rede von den »Schwarzen Jahren« (zuerst vermutlich bei Gilboa 1971) der sowjetischen Jüdinnen*Juden. Die Kampagnen gegen den sogenannten »wurzellosten Kosmopolitismus« und später gegen den Zionismus nahmen nach Stalins Tod zwar an Intensität ab, verloren aber keineswegs ihre Wirkung als politisches diskursives Instrument. Der Begriff diente dazu, Juden gegenüber der russischen bzw. sowjetischen Bevölkerung als Antipoden bzw. »the other« zu markieren (Grüner 2008: 446, 450).

Inwieweit die politischen Kampagnen unter Stalin, die in besonderem Maße oder auch ausschließlich Jüdinnen*Juden trafen, als Ausdruck eines stalinistischen Antisemitismus gewertet werden können, ist in der Forschung umstritten. Während viele Autor*innen von Antisemitismus oder einer »Judophobie« Stalins sprechen (Kostyrčenko 2001: 24), betonen andere, dass seine Politik weniger von ethnischen Vorurteilen als von Paranoia geprägt war (Pinkus 1984: 88). In vielen der bedeutenden Publikationen zur »jüdischen Frage« in der Sowjetunion, die sich den Quellen der sowjetischen Behörden widmen, bleibt eine Analyse des Antisemitismus-Begriffs und eine Einordnung in die globale Geschichte des Antisemitismus meist aus. Dennoch lassen sich eindeutige antisemitische Motive wie das des »heimatlosen« Juden oder ein Verschwörungsglaube erkennen (Grüner 2008: 8–12, 449f.).

Die Kampagnen hatten in jedem Fall gravierenden Einfluss auf Jüdinnen*Juden innerhalb der Sowjetunion, aber auch darüber hinaus.⁹ Den Höhepunkt der antijüdischen Politik, in deren Zuge erneut kulturelle Einrichtungen wie das Jiddische Theater in Moskau geschlossen wurden, bildeten die sogenannten »Ärzte-Prozesse« (Grüner 2008: 489f.). In der Forschung teils als »Stalins letztes Verbrechen« betitelt, ist man sich uneins, ob diese inszenierte Kampagne nicht nur zufällig am Ende der antizionistischen und antikosmopolitischen Kampagnen stand, oder ob sie der Auftakt zu weitreichenderen antijüdischen Aktionen werden sollte. Einige Forschende gehen davon aus, dass die Deportation sowjetischer Jüdinnen*Juden und die Errichtung von Lagern vorgesehen war (Brent/Naumov 2003: 191). Eindeutige Dokumente oder Beweise gibt es aber bislang nicht (Kostyrčenko 2001: 678–685).

Am 13. Januar 1953 schrieb die *Pravda* über eine Verschwörung einer »terroristischen Gruppe von Ärzten«, welche Schuld am Tod mehrerer führender Politiker sein sollte:

»Der Großteil der Mitglieder der terroristischen Gruppe – B. Kogan, Feldman, Grinštein, Étinger und andere – wurden vom amerikanischen Geheimdienst gekauft (...) von der internationalen jüdischen bourgeois-nationalistischen Organisation »Joint«. Das schmutzige Antlitz dieser zionistischen Spionageorganisation, welches sich unter der Maske der Wohltätigkeit versteckte, wurde vollständig aufgelöst« (*Pravda*, 15. Januar 1953, Nr. 13, S. 1, Übersetzung der Autor*innen).

⁹ Anfang der 1950er Jahre kam es in der Tschechoslowakei zu Schauprozessen, u.a. gegen den ehemaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Rudolf Slánský, sowie weiteren Parteifunktionär*innen jüdischer Herkunft, und in der DDR zu einem Prozess gegen das Mitglied des ZK und des Politbüros der SED Paul Merker, dem zionistische Tätigkeiten und das Mitwirken an einer Verschwörung unterstellt wurden.

Für den*die Leser*in war die jüdische Identität schon an den Nachnamen erkennbar, wurde aber auch explizit betont: Den Ärzt*innen wurden Verbindungen zum *American Jewish Joint Distribution Committee*, kurz *Joint*, der US-amerikanischen jüdischen Hilfsorganisation, unterstellt¹⁰; der ehemalige Vorsitzende des zerschlagenen JAFK, Solomon Michoels, sei dabei Mittelsmann gewesen. Im Unterschied zu vielen vorangegangenen antijüdischen Kampagnen trat hier eine extrem aggressive antisemitische Rhetorik zum Vorschein. Die Auswirkungen, die die Kampagne gegen jüdische Ärzt*innen in der Bevölkerung hatte, waren verheerend. Es kam zu pogromartigen Ausbrüchen gegen die jüdische Bevölkerung. Die Sorgfalt, mit der die Kampagne geplant, inszeniert und durchgeführt worden war, spricht dafür, dass die sowjetische Führung sich der Folgen der Kampagne, dem Ausbruch antisemitischer Stimmungen in der Bevölkerung, bewusst war und sie zumindest in Kauf nahm (Grüner 2008: 495–499).

Kampagnen gegen »Zionisten« und »Wurzellose Kosmopoliten«

Doch die »Ärzte-Verschwörung« bildete nur den Höhepunkt einer Reihe von antijüdischen, antizionistischen und antisemitischen Kampagnen. Wenige Jahre zuvor traf die Politik der »Ždanovščina«¹¹ in besonders starkem Maße die jüdische Intelligenzija¹², die sich in den Wissenschaften angeblich nach ausländischen Vorbildern richtete und die »vaterländische« Wissenschaft nicht ausreichend würdigte. Diese Politik steigerte sich nach Ždanovs Tod ab 1948 zu Kampagnen gegen »Kosmopoliten und Zionisten«, die sich in zahlreichen investigativen Berichten zur Aufdeckung vermeintlicher subversiver Tätigkeit »wurzelloser Kosmopoliten« äußerten. Für die Betroffenen bedeutete das oft die Entlassung von ihren Positionen, Zwangsumsiedlung, zum Teil auch Verurteilung wegen »antisowjetischer Tätigkeiten« und Inhaftierung. Obwohl auch diese Kampagnen nicht offen gegen Jüdinnen*Juden gerichtet waren, waren diese doch vorrangig davon betroffen. Die Kampagnen erfolgten nahezu landesweit in allen Republiken (*Elektronnaja evrejskaja ênciklopedija* 2005).

Der Kampf gegen »Kosmopolitismus« hatte seine Ursprünge schon bei der rechten nationalistischen Bewegung im zaristischen Russland. Unter der Herrschaft der Bolschewiki verlor der Begriff zunächst an Schlagkraft, gewann aber angesichts des Kalten Krieges erneut an Bedeutung. Er richtete sich nunmehr gegen alle fremden und »unsowjetischen« Elemente. Nach der Staatsgründung Israels wurde der Begriff der »Kosmopoliten« weitestgehend synonym mit dem Begriff »Zionisten« verwendet. Juden wurden verdächtigt,

¹⁰ *Joint* mit Sitz in den USA gründete sich 1914 als Hilfsorganisation für Jüdinnen*Juden in Europa. Zwischen 1924 und 1938 war die Organisation auch in der UdSSR tätig, bis sie schließlich verboten wurde. Die Zusammenarbeit mit westlichen Organisationen wurde vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem schwerwiegenden Vorwurf.

¹¹ Gemeint ist hierbei die Reorganisation der Kulturlandschaft ab 1946, mit der Stalin den ZK-Sekretär und Parteichef in Leningrad Andrej Ždanov beauftragte (Grüner 2008: 438f.).

¹² Damit wurde in der Sowjetunion die soziale Schicht derer bezeichnet, die in der Regel einen höheren Bildungsabschluss besaßen und in akademischen, künstlerischen, pädagogischen oder technischen Bereichen tätig waren.



Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, UdSSR.

Quelle: *Yad Vashem* 8932/6

Israel näher zu stehen als der UdSSR. Diese Kampagne hatte dreierlei Funktionen: Sie beförderte die Abgrenzung vom Westen, lieferte einen Sündenbock für die von den Entbehrungen des Krieges gezeichnete sowjetische Bevölkerung und diente zur Ausschaltung politischer Feinde und der Intelligenz (Karlsson 2013, 495; Grüner 2008: 446–452, 458).

Jüdische Reaktionen auf die Kampagnen

Gleichzeitig wuchs das jüdische Nationalbewusstsein nach dem Krieg. Erklärbar ist dies durch die Auseinandersetzung mit und die Rückbesinnung auf das eigene Jüdisch-Sein im Zusammenhang mit der Shoah, aber auch mit den antijüdischen sowjetischen Kampagnen der 1940er Jahre. Auch in der Forschung spricht man zum Teil von einem »nationalen Erwachen« des sowjetischen Judentums.¹³ Larissa Bogoraz, Linguistin und Dissidentin, schrieb 1972 in einer Abhandlung über ihre Identität: »Ich bin ein Mensch ohne Heimat, ohne Nation, ohne mein eigenes Umfeld«. Am »jüdischsten« habe sie sich jedoch gerade dann gefühlt, wenn sie ihre Identität unterdrücken musste, nämlich 1945–1946, in der Zeit der antikosmopolitischen Kampagnen und der Zulassungsbeschränkungen an Universitäten:

»All dies betraf auch meine Familie: Julij Daniël¹⁴ und ich konnten in der Moskauer Region keine Arbeit finden, obwohl Lehrer in unserem Fachgebiet dringend gebraucht wurden; viele Freunde der Familie Daniël wurden verhaftet, mehrere Bücher aus der jüdischen Bibliothek wurden in unserem Haus vor der Zerstörung versteckt; ich wurde nicht einmal als Laborassistentin am Institut für Linguistik genommen (...) Damals begann die aktive Selbstbestimmung der Juden – zumindest meiner Generation« (Bogoraz 1972, Übersetzung der Autor*innen).

Auch wenn der Tod Stalins 1953 und die 1956 einsetzende Entstalinisierung unter Nikita S. Chruščëv Schlimmeres verhinderten, so bedeutete der neue Kurs noch längst keine Rückkehr zur Normalität.¹⁵ Die stalinistischen Kampagnen hatten in der jüdischen Bevölkerung tiefe Wunden hinterlassen, antisemitische Einstellungen blieben weiterhin bestehen und drückten sich etwa in einer restriktiven Zulassungspolitik an Hochschulen oder bei Einstellungen in hochrangige Positionen sowie härteren Gefängnisstrafen aus. Das »Tauwetter« brachte keine Wiederbelebung jüdischen Lebens in nennenswertem Maße – dennoch schafften es Jüdinnen*Juden, trotz erneuter anti-religiöser Kampagnen in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren, beispielsweise in Moskau eine Synagoge mit einer kleinen Yeshiva zu eröffnen, jüdische Musik- und Theatergruppen zu formieren, und ab 1961 erschien regelmäßig die jiddische Zeitschrift *Sovetisch Heymland* (Zeltser 2019: 141; Grüner 2021: 47).

13 So zum Beispiel bei Jehoshua Gilboa und Yaacov Ro'i, vgl. Grüner 2008: 220.

14 Larissa Bogoraz erster Ehemann, Schriftsteller und später aus politischen Gründen im Gulag inhaftiert.

15 Chruščëv regierte die Sowjetunion von 1953 bis 1964 als Erster Sekretär der KPdSU. Die mit seiner Amtseinführung beginnende Periode wird auch als »Tauwetter« bezeichnet, da sie als Entspannung der stalinistischen Repressionen in vielen gesellschaftlichen Bereichen gilt.

»Über Babij Jar, da steht keinerlei Denkmal« – Erinnerung an die Shoah und den Großen Vaterländischen Krieg¹⁶

Wenn über die Erinnerung der Shoah in der UdSSR gesprochen wird, geht es meistens um ihr Nichtvorhandensein: Ein Aufsatz über die literarische Erinnerung der Shoah beginnt mit den Worten »Warum gab es keinen Holocaust in der Sowjetunion?« (Murav 2014: 151). Alla Gerber, russisch-jüdische Politikerin und Präsidentin der 1992 gegründeten Stiftung Holocaust (*Zentr i Fond Cholokost*), spricht von einem »Genozid der Erinnerung« (Simkin 2019). Die erste Zeile des Gedichts von Evgenij Evtušenko ist zum Symbol dafür geworden.

Für das Fehlen eines öffentlichen Gedenkens an die Shoah gibt es mehrere Gründe. Die antijüdischen Kampagnen der Nachkriegsjahre hatten zum Ziel, jede Form des Ausdrucks jüdischer Identität zu unterdrücken, somit auch die Erinnerung an die Shoah.¹⁷ Dass auch in den folgenden Jahrzehnten wenig Platz im sowjetischen Narrativ blieb, lag weniger an einer aktiven Unterdrückung des Jüdischen, sondern mehr an der Vorherrschaft einer universalistischen Interpretation: So war von der Vernichtung und Zerstörung durchaus die Rede, gemeint waren aber alle sowjetischen Völker (Gitelman 1997: 18). Im Fokus stand das Leid des sowjetischen Volkes als Ganzes und zwischen den 27 Millionen Todesopfern, darunter auch mehrere Millionen Zivilist*innen, sollte nicht unterschieden werden. Als Leitthemen der Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg kristallisierten sich mit der Zeit¹⁸ somit die Einheit, der gemeinsame Kampf und der Sieg heraus. Platz für Differenzierungen blieb in diesem Narrativ nicht (Karlsson 2013: 495).

Allerdings, darauf deuteten der Politikwissenschaftler Zvi Gitelman 1997 und nach ihm zahlreiche andere Wissenschaftler*innen hin, kann nicht wirklich die Rede von einer eindeutigen Parteilinie oder einem Sprechverbot in Hinblick auf den Umgang mit der Shoah sein. Zum einen gab es zwischen den Republiken bedeutende Unterschiede: In Estland wurde der Völkermord sowie jüdischer Widerstand viel offener besprochen als etwa in der Ukraine oder in Belarus.¹⁹ Zum anderen unterlag das Thema wechselnden innen- und außenpolitischen Interessen und war manchmal mehr oder weniger der Willkür der Zensur überlassen (Gitelman 1997: 21–24). So wurde 1967 der Film *Die Kommissarin* nicht nur verboten, dem Regisseur Alexander Askoldov wurden außerdem ein lebenslanges Berufsverbot erteilt und ein Strafverfahren angehängt – zu vordergründig und zu positiv waren die jüdischen Themen, die sich nicht mit dem gerade aufflammenden Antizionismus angesichts des Sechstagekrieges vereinen ließen (Albert/Anderson 2019). Noch einige Jahre zuvor erschienen allerdings zahlreiche Bücher zum Thema Shoah: 1960 wurde das Tagebuch der Anne Frank auf Russisch veröffentlicht, verschiedene Augenzeugenberichte sowjetischer Überlebender erschienen ebenfalls Anfang der 1960er Jahre. Möglicherweise war das Thema im Zusammenhang mit den Prozessen gegen NS-Täter*innen, vor allem gegen Eichmann 1961, für die sowjetische Führung interessant, da es als politisches Argument gegen die Führungselite der Bundesrepublik fungierte (Zeltser 2019: 143; Cantorovich 2007: 109). Ebenfalls 1961 erschien *Babij Jar* von Evgenij Evtušenko, der

16 So lautet die erste Zeile des Gedichts *Babij Jar* von Evgenij Evtušenko in der Übersetzung von Paul Celan; »Babij Jar« in vier deutschen Fassungen, in: Die Zeit, Nr. 3/1963. In der Schlucht in der Nähe der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw fand zwischen dem 29. und 30. September 1941 die größte Massenerschießung auf dem Gebiet der UdSSR statt. 33.771 Jüdinnen*Juden wurden dort von SS-Einsatzgruppen erschossen. Die ukrainische Schreibweise lautet Babin Jar.

17 Im Russischen wurde der Begriff Holocaust bis in die 1990er Jahre kaum genutzt; äquivalent zum hebräischen Shoah war meist die Rede von »Katastrophe«, was auch heute noch gebräuchlich ist.

18 Wie in anderen Gesellschaften ist die Herausbildung öffentlicher Erinnerungsrituale ein Prozess, der gerade nach traumatischen Ereignissen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte in Anspruch nehmen kann. Auch der neunte Mai wurde erst 1965 unter Brežnev als Feiertag eingeführt (Assmann 2007: 28).

19 Dabei war die Partisan*innenbewegung gerade in Belarus besonders stark durch Jüdinnen*Juden geprägt, was in der belarusischen Historiographie und Erinnerung aber völlig unsichtbar gemacht wurde (Ioffe 2017: 78).

selbst nicht jüdisch war. In seinem Gedicht benennt er nicht nur explizit den Mord an Jüdinnen*Juden, sondern thematisiert auch den historischen wie gegenwärtigen Antisemitismus. Dimitrij Šostakovič vertonte das Gedicht in der Sinfonie Nr. 13 in b-Moll op. 113. Die beiden in der UdSSR namhaften Künstler zogen damit viel Aufmerksamkeit auf das Thema, lösten aber auch eine politische Debatte aus. In der belarussischen Zeitschrift *Sovetskaja Belorussija* am 2. April 1963 lautete die Kritik:

»Und wenn ein Dichter, und nach ihm ein allseits beliebter Komponist, ein Komponist, den wir für einen großen Denker halten, eine unbedeutende Begebenheit (gemeint ist hier das Massaker von Babij Jar, Anmerkung der Autor*innen) in den Rang einer fast nationalen Tragödie erhebt, dann kommt unweigerlich der Gedanke der Fälschung auf, und in der Seele wächst das unausweichliche Gefühl eines inneren Widerstandes« (Übersetzung der Autor*innen).

Erklären lässt sich diese Reaktion dadurch, dass jede Betonung des Jüdischen als Absprechen des Leidens anderer Sowjetvölker verstanden wurde (Zeltser 2019: 153). Auf dem schließlich 1976 errichteten Denkmal war letzten Endes von »Verbrechen gegen friedliche Bürger« die Rede.²⁰ Das Errichten offizieller Denkmäler an Orten wie Babij Jar kann in zweierlei Hinsicht gedeutet werden: Möglicherweise waren es Erfolge zivilgesellschaftlichen Engagements oder die Denkmäler boten dem Staat die Möglichkeit, die Kontrolle über das Narrativ zu behalten und die Aufmerksamkeit von jüdischen Initiativen abzulenken (Zeltser 2019: 36f.).

Grauzonen des Shoah-Gedenkens

Die verkürzte Darstellung, es habe in der UdSSR keinerlei Erinnerung an die Shoah gegeben, und wenn doch, dann ohne eindeutige kulturelle oder religiöse Verweise auf das Judentum, wird außerdem den vielen jüdischen Akteur*innen nicht gerecht, die schon seit den 1940er Jahren verschiedene Formen des gemeinsamen Gedenkens fanden. Arkadij Zeltser bezeichnet dieses Narrativ als »Babij-Jar-Syndrom«: Wenn es schon an dem Ort des größten nationalsozialistischen Verbrechens in der UdSSR kein Denkmal gab, dann gab es woanders erst recht keine (Zeltser 2019: 21). In seiner Studie von 2019 zeigte er, dass Jüdinnen*Juden sich durchaus selbstbewusst Freiräume schufen.

Schon kurze Zeit nach dem Krieg entstanden vereinzelt Denkmäler an Orten der nationalsozialistischen Verbrechen. Jüdinnen*Juden in den unterschiedlichen Sowjetrepubliken suchten sich Wege, ihrer Familienangehörigen zu gedenken. Gedenksteine, -bücher und -feiern entstanden auf eigene Initiative und auf eigene Kosten. Es erreichten auch zahlreiche Schreiben mit Bitte um Unterstützung das Jüdische Antifaschistische Komitee. Viele sahen es als ihr Recht und ihre Pflicht an, ihrer ermordeten Verwandten zu gedenken. In

²⁰ Erst 1991 wurde an dem Ort ein Denkmal in Form einer Menora aufgestellt.

manchen Fällen ließ die Staatsmacht sie gewähren, meist nahm sie jedoch Einfluss auf die Gestaltung, indem sie die explizite Benennung der Opfer verhinderte. Im russischen Newel wurde etwa ein sechszackiger Stern durch den fünfzackigen ersetzt, und sieben Initiator*innen eines Denkmals in Odessa wurden zu Haftstrafen verurteilt. Doch davon ließen sich die wenigsten abschrecken. Vereinzelt wurden Denkmäler sogar auf Jiddisch und Hebräisch beschriftet (Zeltser 2019: 21f.). Oft entstanden diese Denkmäler auf Friedhöfen, da diese eine Art blinden Fleck der sowjetischen Führung, eine Grauzone darstellten: Der Sowjet für die Belange in religiösen Fragen (*Sovet po delam religioznych kul'tov*) untersagte den Gemeinden zwar Gedenkformen mit Nutzung religiöser oder kultureller Symbole, auf die Friedhöfe allerdings konnte er keinen Einfluss nehmen (Čerkasski 2013: 87f.). Solche Grauzonen nutzten jüdische Initiativen auch in anderen Bereichen, in Kunst, Literatur, Theater und Film. Die Kulturwissenschaftlerin Olga Gershenson untersuchte in ihrem Buch *The Phantom Holocaust* einige bekannte und unbekanntere Filme zu der Thematik, fand in den Archiven aber auch zahlreiche Dokumente über abgelehnte Filmprojekte (Gershenson 2013). Die offiziell erscheinende Zeitschrift *Sovietish Heymland* veröffentlichte nahezu in jeder Ausgabe zwischen 1961 und 1991 Texte mit Shoah-Bezug, passte diese allerdings an den offiziellen Gedächtnisrahmen an, indem sie etwa die Rolle der sowjetischen Bevölkerung als Retter*innen der Jüdinnen*Juden betonte (Karlsson 2013: 499).

1967: Der Sechstagekrieg als turning point der sowjetisch-israelisch-jüdischen Beziehungen

Der Antizionismus blieb seit der Staatsgründung Israels bis zum Ende der Sowjetunion ein zentrales Element der politischen Rhetorik. Zwar war die Sowjetunion 1948 das dritte Land (nach den USA und Guatemala), welches die Unabhängigkeit Israels anerkannte, jedoch änderte sich diese Politik innerhalb weniger Monate – die Annäherung Israels an das »imperialistische Ausland«, an die USA sowie eine aufkeimende zionistische Bewegung im eigenen Land veranlassten die sowjetische Führung zum Kurswechsel (aus-



Ein Denkmal zur Erinnerung an die Ermordeten vom 06.09.1941, Pskow, Russland. Das Denkmal wurde nach dem Krieg von Jüdinnen*Juden errichtet. *Quelle: Yad Vashem 3314/20*

führlicher zu den Entwicklungen 1948 bei Pinkus 2005: 112–118). Ende der 1940er Jahre wurde der Begriff »Zionisten« noch analog zu »Kosmopoliten« im Zusammenhang mit den antijüdischen Kampagnen verwendet. Seit Mitte der 1960er Jahre erschienen mehr und mehr antizionistische Schriften (zwischen 1967–1974 ca. 156 Bücher, *Elektronnaja evrejskaja enciklopedija* 1996) und der »Kampf gegen den Zionismus« wurde zu einem innen- und außenpolitischen Kampfmittel. Der Zionismus als »Waffe des Imperialismus« wurde zum wichtigen antiwestlichen Schlagwort im Kalten Krieg und innerhalb des kommunistischen Blocks wurden die Unruhen von 1968 in der Tschechoslowakei und Polen durch »zionistische Intrigen« erklärt (*Elektronnaja evrejskaja enciklopedija* 1992).

Nach dem israelischen Sieg im Sechstagekrieg²¹ verschärfte sich die antizionistische Rhetorik und nahm einen zentralen Platz in sowjetischen Tageszeitungen ein. Prominent in der Berichterstattung wurde die Phrase, die Jüdinnen*Juden würden mit den Palästinenser*innen dasselbe tun wie die Nazis im Zweiten Weltkrieg mit den Jüdinnen*Juden (Gitelman 1997: 29–31).

Im Zuge des Sechstagekrieges wurden außerdem die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel gänzlich abgebrochen. Die Staatsführung stoppte auch die Ausreise nach Israel. Doch die Zahl der Ausreiseanträge stieg, sodass 1968 eine jährliche Quote von 1.500 eingeführt wurde, die aber schon zwei Jahre später um das neunfache und 1972 schließlich um das 20-fache überstiegen wurde. In diesem Jahr wanderten 31.681 Jüdinnen*Juden nach Israel aus (Semenčenko 2011: 11).

Auch unter den sowjetischen Jüdinnen*Juden gab es überzeugte Antizionist*innen, von denen einige Prominente öffentlich auftraten. Ein Beispiel dafür war das *Antizionistische Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit* (*Antizionist-skij komitet sovetskoj občestvennosti*). Seine Gründung wurde 1983 auf Vorschlag des Politbüros beschlossen, bis auf eine Ausnahme waren alle Mitglieder jüdisch. Bis 1992 wirkten sie in der Öffentlichkeit mit Zeitungsartikeln und Pressekonferenzen im Sinne der antizionistischen Linie der Staatsführung. Der Vorsitzende, zweifacher »Held der Sowjetunion«²² David Dragunskij ließ sich zu Vergleichen zwischen den Nationalsozialist*innen und Zionist*innen hinreißen (*Elektronnaja evrejskaja enciklopedija* 1996). Auf der anderen Seite beeinflussten der Sieg Israels und die antizionistische Reaktion darauf auch das jüdische Selbstbewusstsein: Zum jüdischen Feiertag Simchat Tora am 26/27. Oktober 1967 versammelten sich mehrere Tausend Jüdinnen*Juden vor der Moskauer Synagoge und in einer ähnlichen Größenordnung auch in Leningrad und verliehen dort »ihrer Sympathie für Israel Ausdruck«, wie der KGB an das ZK der KPdSU im Anschluss berichtete. Diese »wechselseitige Dynamisierung von Protest und Repression« (Armborst 2007) lässt sich an verschiedenen Punkten der sowjetisch-jüdischen Geschichte beobachten.

Die *Otkaznik*-Bewegung in der UdSSR

In westlichen Ländern hat sich teilweise die Vorstellung entwickelt, Jüdinnen*Juden seien in der Sowjetunion vollständig assimiliert gewesen und die jüdische Kultur und Religion sei ihnen abhandengekommen (Oks 2004: 96).

21 Kriegerische Auseinandersetzung Israels mit Ägypten, Jordanien und Syrien infolge eines israelischen Präventivschlags auf Ägypten vom 5. bis zum 10. Juni 1967.

22 Höchster Ehrentitel in der Sowjetunion, wurde für die Verdienste im Zweiten Weltkrieg verliehen.

Zwar prägte die restriktive sowjetische Nationalitätenpolitik die jüdische Bevölkerung, pauschalisieren lässt sich diese Vorstellung jedoch nicht. Die *Otkazniki* waren eine der größten Oppositionsbewegungen in der UdSSR, dennoch sind sie vielen Menschen in Russland (und außerhalb) kaum bekannt (Beizer 2004: 73, 90). Durch ihr politisches Wirken über die Grenzen der UdSSR hinaus, vor allem in den USA und in Israel, ist das Thema dort besser erforscht.²³

Angesichts der staatlichen Repressionen gegenüber jüdischem kulturellen und religiösen Leben, des Antisemitismus, aber auch der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse formierte sich bei vielen Jüdinnen*Juden der Wunsch nach einer Ausreise aus der UdSSR. Den Großteil zog es nach Israel. Einfach gestaltete sich die Ausreise jedoch nicht. »Den Leuten wurde schlicht und einfach mitgeteilt, ihre Ausreise »entspreche nicht den staatlichen Interessen«. Zugegebenermaßen war dies die ehrlichste Antwort« (Beizer 2004: 76). Den Ausreisewunsch nahm die sowjetische Staatsführung in doppelter Hinsicht als Bedrohung wahr: Gerade in den 1970er Jahren bedeutete die Abwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte eine Gefährdung der ohnehin schwächelnden Wirtschaft; ideologisch galt die Flucht ins kapitalistische Ausland als Landesverrat und gleichzeitig hätte die massenhafte Ausreise nationaler Minderheiten eine »Bankrotterklärung« der sowjetischen Nationalitätenpolitik bedeutet (Armborst 2004: 45f.). Doch spätestens nach dem Sechstagekrieg wurde die Ausreisebewegung für die sowjetische Führung zum Problem. Die eingeführten Quoten wurden der Flut an Ausreiseanträgen nicht gerecht. 381.700 Anträge im Zeitraum 1968–1982 wurden abgelehnt, demgegenüber nur ca. 262.000 gewährt (Armborst 2004: 50).²⁴ Antragstellende erhielten ein Ablehnungsschreiben, einen *otkaz* – viele dieser *Otkazniki* organisierten politischen Protest gegen die Repressionen. Denn nicht nur war die Antragstellung selbst mit einem enormen bürokratischen Aufwand und langen Wartezeiten verbunden, die Antragstellenden hatten auch den Verlust des Studien- und Arbeitsplatzes zu befürchten (Armborst 2004: 50). Befeuert wurde die *Otkaznik*-Bewegung unter anderem von denjenigen, die in den 1940er und 1950er Jahren für zionistische Tätigkeiten verurteilt worden waren und ab Mitte der 1960er Jahre aus der Haft zurückkehrten. Die Bewegung stieß im Ausland, vor allem in den USA, auf großes Interesse (Komaromi 2015).

Zunächst fand der Protest in schriftlicher Form statt: Individuell, im Familienverband oder kollektiv verfasste Schreiben richteten sich an die sowjetischen Behörden, über die Partei bis hin zum ZK der KPdSU und zum Obersten Sowjet der UdSSR, aber auch an die Weltöffentlichkeit. Eine Vielzahl an Briefen erreichte die Vereinten Nationen, die UNO, die Knesset, den Kongress der USA sowie viele weitere politische Institutionen. Allein zwischen 1968 und 1970 wurden über 300 solcher Schreiben versendet (*Elektronnaja evrejskaja enciklopedija* 1996). Auch im sich in den 1970er Jahren verbreitenden jüdischen *Samizdat* wurden diese Schreiben veröffentlicht, ebenso wie Ratgeber, wie man sich bei einem etwaigen Verhör zu verhalten habe (Armborst 2004: 54f., 64; Beizer 2004: 78). Ihren politischen Forderungen verliehen sie auch durch verschiedene andere Protestaktionen Ausdruck, etwa durch Demonstrationen und Hungerstreiks bis hin zu einer versuchten Flugzeugentführung im Juni 1970.²⁵

23 Um einige umfangreiche Sammlungen an historischen Dokumenten, Unterrichtsmaterialien und Interviews zu nennen: The Refusenik Project (Bar-Ilan-University, Ramat Gan, Israel); »Let my people go: Lesson plans and activities for educators about the Soviet Jewry Struggle, Refuseniks and Prisoners of Zion 1948–1991« (Israel's Prime Minister's Office »Nativ«); Timeline of the Jewish Movement in the Soviet Union, Project for the Study of Dissidence and Samizdat (Bibliothek der University of Toronto).

24 Genaue Angaben zu den Ausreisesezahlen sind schwer zu benennen, denn Personen konnten auch mehrfach Ausreiseanträge stellen. Frank Grüner gibt für den Zeitraum zwischen 1968 und 1989 die Zahl 240.000 an (Grüner 2021: 47), laut Angaben des israelischen Statistikbüros waren es in dem Zeitraum nur knapp 189.000.

25 Ein Zeitstrahl mit verschiedenen Protestaktionen und für die *Otkaznik*-Bewegung bedeutenden Ereignissen findet sich auf der Website der Bibliothek University of Toronto (Komaromi 2015).

Die sowjetische Führung und die Behörden reagierten mit weiteren Repressionen, Entlassungen, Verhaftungen sowie antizionistischen Pressekampagnen. Neben den erwähnten antizionistischen Kampagnen wurden in Zeitungen auch Berichte von Rückkehrer*innen aus Israel veröffentlicht, die von den angeblich schlechten Lebensbedingungen dort berichteten. Auch der Geheimdienst unter der Leitung von Jurij Andropov war bemüht, unter anderem die für das Visum erforderlichen Einladungen aus Israel abzufangen (Beizer 2004: 75).

Doch die *Otkaznik*-Bewegung ließ sich von den Repressionen kaum einschüchtern. Im Gegenteil, viele kämpften für die Entlassung der »Gefangenen von Zion«. ²⁶ Der Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben hatte bei ihnen ein neues Gemeinschaftsgefühl hervorgerufen und dadurch auch ein neues Interesse für jüdisches Leben geweckt. Es wurden, oft in Privatwohnungen, Seminare über jüdisches Leben, Kultur und Religion sowie musikalische Veranstaltungen organisiert und Hebräischkurse angeboten, auch für diejenigen, die noch auf die Ausreisegenehmigung hoffen durften (Beizer 2004: 81; *Elektronnaja evrejskaja enciklopedija* 1996).

Die *Otkaznik*-Bewegung in der UdSSR wirkte nicht im luftleeren Raum. Viele engagierten sich nicht nur für jüdische Belange, sondern verknüpften ihren politischen Aktivismus auch mit Kritik am Sozialismus als Gesellschaftssystem und der Rolle der Sowjetunion in der Weltpolitik. So kritisierte Jakov Suslensky, ein Lehrer aus Odessa, öffentlich sowohl die Diskriminierung von Jüdinnen*Juden in der UdSSR als auch das Wahlsystem der UdSSR und den Einmarsch der sowjetischen Armee in die Tschechoslowakei 1968. Nach einem geschlossenen Prozess wurde er zu sieben Jahren Haft verurteilt, die er teilweise in Wladimir im Gefängnis und danach im Lager für politische Häftlinge in der Perm-Region verbrachte. Unmittelbar nach der Freilassung wurde er aus der Sowjetunion ausgewiesen und emigrierte nach Israel (Sacharov-Zentrum).

²⁶ Als *prisoners of zion* oder auf Russisch *uzniki siona* wurden diejenigen Aktivist*innen bezeichnet, die für ihren politischen Aktivismus zu Gefängnis- oder Lagerhaft verurteilt worden waren.

Teil 2

Zwischen Zusammenbruch und Aufbruch 1985–1992

Für viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der UdSSR brachten *Perestroika* und *Glasnost* unter Michail Gorbatschov große Veränderungen mit sich. Ziel seiner Reformen war das Herstellen einer kritischen Öffentlichkeit (*Glasnost*) sowie ein politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbau (*Perestroika*). Für die jüdische Bevölkerung der Sowjetunion hatten diese Entwicklungen weitreichende Folgen – viele zuvor illegal veröffentlichte Zeitschriften des *Samizdats* konnten nun offiziell erscheinen, politische Gefangene wurden aus der Haft entlassen (Oks 2004: 101). Spätestens mit dem Zusammenbruch der UdSSR 1991 konnte also von einem Revival des jüdischen Lebens gesprochen werden (Elektronnaja evrejskaja enciklopedija 1996a). Gleichzeitig verließen infolge des Umbruchs seit den 1990er Jahren fast eine Million Jüdinnen*Juden die ehemalige Sowjetunion. Im Folgenden soll diese Gleichzeitigkeit von Emigration und Aufblühen jüdischen Lebens erläutert werden.

Massenexodus – Emigration sowjetischer Jüdinnen*Juden

Der Umgang mit Zahlen und Statistiken rund um die Frage nach der jüdischen Emigration gestaltet sich durchaus schwierig. Das liegt einerseits daran, dass bei den sowjetischen wie russländischen Volkszählungen die Selbstdefinition abgefragt wurde, wobei in den jüngeren Volkszählungen nicht alle Befragten eine Nationalität angaben. Der Historiker und Demograph Mark Tolts geht dabei davon aus, dass ein gewisser Anteil der Jüdinnen*Juden nicht als jüdisch registriert werden wollte.²⁷ Berechtigt zur Ausreise waren andererseits aber auch nichtjüdische Ehepartner*innen und bei der Einreise nach Deutschland und Israel auch die Enkel und Kinder (Tolts 2004: 15–20). Trotz dieser Verzerrungen zeichnen sich eindeutige Trends ab. An Tabelle 1 ist erkennbar, dass es während des Bestehens der UdSSR eine Ausreisebewegung gab, die vor allem in den 1970er Jahren infolge des Sechstagekrieges und der darauffolgenden antizionistischen Stimmung in der UdSSR anwuchs. Besonders auffällig ist die Ausreisewelle ab 1990 und nach dem Zerfall der Sowjetunion. Für diesen Zeitraum wurde auch von einem »Massenexodus« (Dohrn 1991; im Russischen in der Presse manchmal als *massovij ischod* bezeichnet) gesprochen. Tabelle 2 zeigt die Auswirkung dieser Ausreisewelle der 1990er Jahre zehn Jahre danach: In allen hier abgebildeten Sowjetrepubliken hat sich die jüdische Bevölkerung um mehr als 60% verkleinert. Wie Mark Tolts betont, liegt das nicht nur an der Emigration, sondern auch daran, dass es bereits seit den 1950er Jahren eine »negative Balance zwischen Geburten und Sterbefällen« gibt. Zwischen 1989 und 2002 sind insgesamt 1.522.000 Jüdinnen*Juden (mit Einberechnung ihrer nichtjüdischen Verwandten) ausgewandert, davon 62% nach Israel, die übrigen vor allem nach Deutschland und in die USA (Tolts 2004: 22, 26). Tatsächlich gibt es auch eine leichte Remigrationsbewegung von Israel zurück nach Russland und in die Ukraine, die Zahlen lagen in den Jahren von 1997 bis 2002 jährlich bei ca. 900 bis 1.700 Personen (Tolts 2004: 30).

27 Schon in der Sowjetunion versuchten Jüdinnen*Juden den Eintrag Nr. 5 im Pass von »jüdisch« auf »russisch« zu ändern. In der UdSSR kursierte ein Witz: »Im Pass wird ein neuer Punkt eingeführt – 5a: Wenn Sie ein Russe sind, dann seit wann?« (Übersetzung der Autor*innen). Mehr zur Wirkungsweise des 5. Punktes in der Erinnerung der jüdischen Bevölkerung siehe Novye Izvestija 2020.

Zuwanderung von Juden aus der früheren Sowjetunion nach Israel 1948–2010

1948–1951	4.916
1952–1959	4.173
1960–1969	10.791
1970–1979	149.740
1980–1984	10.888
1985–1989	17.875
1990–2001	908.191
2002–2006	31.950
2007–2010	51.274

Tabelle 1 Quelle: Central Bureau of Statistics 2012

Land	Zahl der Juden nach der letzten sowjet. Volkszählung	Zahl der Juden bei Erhebungen im Zeitraum zwischen 1999 und 2003	Abnahme in Prozent
Russländische Föd.	570.000	252.000	56
Ukraine	487.300	95.000	80
Belarus	112.000	23.000	79
Usbekistan	95.000	5.500	9
Moldawien	66.000	5.200	92
Aserbaidschan	41.000	7.500	82
Georgien	25.000	4.000	84
Lettland	23.000	9.200	60
Kasachstan	20.000	4.200	79
Tadschikistan	15.000	100	99
Litauen	12.000	3.500	71
Kirgisien	6.000	800	87
Estland	4.600	1.800	61
Turkmenistan	2.500	500	80
Armenien	700	0	0
GUS	1.480.000	412.000	72

Tabelle 2 Quelle: Tolts 2004: 21

Gründe für die Ausreisebewegung

Im Zuge von *Glasnost* und *Perestroika* änderte sich auch das Verhältnis Russlands zu Israel. In der Politik verlor der russländische Machtanspruch im Nahen Osten an Bedeutung, der Konflikt wurde zunehmend »de-ideologisiert« (Nosenko 2011: 32). Gorbatschow betonte immer wieder, dass er an einer Normalisierung des Verhältnisses zu Israel interessiert sei. Ab dem Frühjahr 1989 wurde die Einreise für Israelis mit touristischen Visa möglich, Austausch in kulturellen, akademischen und sportlichen Bereichen wurde gefördert. Auch jüdische Dissident*innen wurden im Rahmen der *Perestroika* aus Gefängnissen entlassen. Die De-Ideologisierung des Nahost-Konfliktes zog stellenweise auch eine Entdämonisierung Israels in der Presse nach sich. Der Chefredakteur der Zeitung *Izvestija* sprach sich für eine Normalisierung des israelisch-sowjetischen Verhältnisses aus und erhielt dafür Zuspruch in einer Vielzahl an Leser*innen-Briefen (Nosenko 2011: 38f.).

Im Dezember 1991 wurde die Auflösung der UdSSR beschlossen und die Sowjetrepubliken erhielten ihre nationale Unabhängigkeit. Das rief bei vielen Jüdinnen*Juden die Befürchtung hervor, dass die sich neu formierenden Nationalbewegungen nationalistische und antisemitische Ressentiments schüren könnten. Die nationalistischen Bewegungen der Ukraine, Belarus', Moldawiens und des Baltikums riefen Erinnerungen an die Kollaboration beim nationalsozialistischen Völkermord wach (Oks 2004: 102f.). In einigen Staaten kam es zum Zusammenwirken der jüdischen mit anderen nationalen Bewegungen, etwa in Georgien (Dohrn 1991: 108) oder in der Ukraine, wobei dort die Gruppe »Narodny Ruch« zwar offiziell gegen den Antisemitismus der russisch-nationalistischen Bewegung eintrat, sich aber nicht mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinandersetzte (Oks 2004: 104). Vielerorts erfüllten sich die Befürchtungen allerdings: In Russland flammten, verstärkt durch die politische Tätigkeit der Bewegung *Pamjat*' (Gedächtnis), antisemitische Stimmungen auf. Mehrere Zeitungen entwickelten sich zum Sprachrohr antizionistischer und antisemitischer Inhalte, darunter *Sovetskaja Rossija*, *Leningradskaja Pravda*, *Moskovskaja Pravda* und *Krasnaja Zvezda* (Nosenko 2011: 44). Auf dem ersten jüdischen Kongress in der Sowjetunion im Dezember 1989 gab ein großer Teil der etwa 350 Teilnehmenden an, dass sich während der *Perestroika* die Situation der Jüdinnen*Juden in der Sowjetunion verschlechtert habe. Als wesentlicher Grund wurde der Antisemitismus benannt. Überfälle auf Privatwohnungen oder jüdische Institutionen sowie antisemitische Wahlkampfparolen im März 1990 wurden zur Regelmäßigkeit, außerdem kursierten Pogromdrohungen. Als Antwort darauf kann neben den Ausreisewellen auch die selbstbewusste Auseinandersetzung mit der eigenen jüdischen Identität und das Eintreten für die eigenen Rechte verstanden werden (Dohrn 1991: 108f.).

Für viele der Emigrant*innen erfüllten sich mit dem Zerfall der Sowjetunion jahrelange Hoffnungen auf die Ausreise nach Israel und die Zusammenführung von Familien. Andere wiederum fassten den Entschluss zur Emigration erst angesichts wachsender antisemitischer Stimmungen. In einigen Orten kam es auch zu Gewaltausbrüchen gegen Jüdinnen*Juden. Auch die unsichere und prekäre Wirtschaftssituation der turbulenten 1990er Jahre trug zum Ausreisewunsch vieler Jüdinnen*Juden bei.

Pamjat'

Die *National-Patriotische Front Pamjat'* war eine nationalistische, antisemitische und antizionistische Gruppierung, die 1980 in Moskau entstand und ab 1986 auch in anderen Städten Ableger bildete. Sie war die bedeutendste russisch-nationalistische Organisation und prägte das politische Klima in der ausgehenden UdSSR sowie der 1990er Jahre. Ihre Anhängerschaft setzte sich aus selbsternannten Patrioten, Monarchisten und Anhängern der russisch-orthodoxen Kirche zusammen. Trotz der vielen internen Konflikte, durch welche die Organisation in den 1990er Jahren immer weiter zersplitterte, einte sie der Glaube an eine Verschwörung von Juden und Freimaurern. Antisemitische Agitation stand daher im Zentrum ihres Wirkens. So waren sie etwa an der Verbreitung der *Protokolle der Weisen von Zion* in der Sowjetunion beteiligt. Während der Anti-Alkohol-Kampagne der 1980er Jahre verbreitete die Pamjat'-Bewegung einen Text, indem von einem »zionistischen Alko-Genozid des russischen Volkes« die Rede war. Dieser wurde zum Bestseller des russischen *Samizdat* von 1985 und trug auch zur Bekanntheit der Bewegung bei (Verchovskij/Pribylovskij 1996: 12–19).

Revival jüdischen Lebens

Verschiedene Faktoren begünstigten das Revival jüdischen Lebens. Die Unterdrückung jüdischer Aktivitäten in der Öffentlichkeit, die restriktive Ausreisepolitik und der öffentliche Antisemitismus stärkten paradoxerweise die jüdischen Gruppierungen, die *Otkazniki* sowie viele andere kulturelle und zionistische Organisationen, indem es sie zur Bildung eigener informeller Subkulturen und Teilöffentlichkeiten zwang. Die späten 1980er Jahre waren davon geprägt, dass diese Organisationen aus der Teilöffentlichkeit heraustreten und sich um offizielle Anerkennung und Förderung bemühten (Satanovskij 2002: 30–32). Gegenseitige Unterstützung und Vorbereitung für die Ausreise, aber auch Selbsthilfe gegen den Antisemitismus wurden zu einenden Momenten der jüdischen Bewegung, deren Ziele zudem die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, Religion, Kultur und Sprache sowie der Kontakt zu anderen Jüdinnen*Juden im Ausland, insbesondere in Israel waren (Dohrn 1991: 107–109). Für die Hinwendung zur eigenen religiösen oder nationalen Identität im Zuge des Umbruchs gibt es noch einen weiteren gängigen Deutungsansatz: Nach dem Zusammenbruch der UdSSR sei demnach eine »ideologische und moralische Leere« entstanden, die es zu füllen galt (Zelenina 2018: 250).

Schon die 1980er Jahre unter Gorbačëv brachten neue Möglichkeiten, über die eigene Identität, Kultur und Geschichte nachzudenken und zu sprechen. Blinde Flecken der Geschichte sollten nun beleuchtet werden, hieß es aus der sowjetischen Führung. Das brachte zwar keinen unmittelbaren Umschwung im sowjetischen Kriegsnarrativ und die dominanten Themen waren eher die

der stalinistischen Repressionen, die nun gesamtgesellschaftlich verhandelt werden konnten. Dennoch waren nun innerhalb kleinerer jüdischer und nichtjüdischer Kreise neue Debatten um das Thema Shoah möglich (Karlsson 2013: 500). In Leningrad bildete sich Mitte der 1980er Jahre eine »Gruppe zur Erforschung der Katastrophe« (*Leningradskaja Gruppy issledovanija katastrofy*). Ihre Mitglieder gehörten größtenteils der Generation an, welche die Shoah selbst nicht erlebt hatten, und organisierten Stadtrundgänge oder Fahrten zu Orten der Massenvernichtung (Zeltser 2019: 325).

1989 existierten in über 35 Städten jüdische Kulturzentren, in 55 Städten der UdSSR unterhielt ein neu gegründeter Verband für Hebräisch-Lehrer* innen Anlaufstellen (Dohrn 1991: 110). 1990 fand das erste jüdische Filmfestival in Moskau statt. Diese Entwicklungen beängstigten die Moskauer Jüdinnen* Juden mit einigem Unglauben:

»Bis zuletzt war unklar, ob es erlaubt werden würde, dann verkündeten Plakate unter der Überschrift ›Festival jewreskich filmov‹ sein Programm. Moskauer Juden aber lasen ›Festival jewropejskich [europäischer] filmov‹. Sie konnten nicht glauben, daß ein Festival jüdischer Filme in Moskau Wirklichkeit wurde« (Dohrn 1991: 106).



Eine Ausstellung zum Gedenktag für die Märtyrer und Helden des Holocaust, Leningrad, Russland, 14.04.1991. Quelle: Yad Vashem 3303/2



Eine Gedenkzeremonie, Babij Jar, Ukraine, 1989. Quelle: Yad Vashem 3136/5

Denn trotz der neuen Handlungsräume unternahmen sowjetische Behörden auch in den späten 1980ern noch Versuche, derlei Veranstaltungen zu verhindern. So wurden 1986 *Otkazniki* und Hebräischlehrer*innen noch zu Haftstrafen verurteilt, im Herbst 1987 ein Treffen Moskauer Jüdinnen*Juden gegen Antisemitismus verhindert (Elektronnaja evrejskaja enciklopedija 1996a).

Spätestens mit dem Fall des Eisernen Vorhangs konnten auch internationale jüdische Organisationen ihre Arbeit in den postsowjetischen Staaten aufnehmen, so etwa die Jewish Agency of Israel (*Sochnut*), der Joint, und die chassidisch-orthodoxe Organisation Chabad-Lubawitsch. Bis 1991 stieg die Zahl der jüdischen Zeitungen auf dem Gebiet der UdSSR sprunghaft auf 90 an (Oks 2004: 101, 106).

Diese Entwicklungen sind auch im Kontext des gesellschaftlichen Umbruchs und einer sich neu formierenden Zivilgesellschaft zu betrachten. Viele der Akteur*innen der jüdischen Bewegung engagierten sich auch in anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen (etwa bei Memorial, Narodnij Ruch, Sajudis, Rossiskij Narodnij Front; Dohrn 1991: 108).

Teil 3

Jüdisches Leben in Russland heute

Jüdisches Leben im heutigen Russland ist sehr heterogen und nicht leicht zu fassen. Das fängt schon bei demografischen Fragen an. Die Angaben darüber, wie viele Jüdinnen*Juden in Russland leben, variieren je nach Quelle extrem: Die letzte Volkszählung von 2010 ergab eine Zahl von etwas über 150.000 Jüdinnen*Juden, andere Schätzungen gehen von 1,3 Millionen aus (Rossijskij evrejskij kongress 2021). Eine Studie im Auftrag des Euro-Asiatischen Jüdischen Kongresses (*Evro-Aziatskij Kongress*) von 2020 schätzte die jüdische Bevölkerung in Russland auf etwa 550.000–600.000, und für den gesamten postsowjetischen Raum auf 850.000–930.000 (Chanin/Černin 2020).

Wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben sind die Zahlen der staatlichen Volkszählung meist nach oben zu korrigieren, da davon auszugehen ist, dass viele Menschen, die sich selbst zumindest teilweise als jüdisch verstehen, ihre nationale Identität gar nicht oder als russisch angegeben haben (Tolts 2004: 20). Im November 2021 wurde daher durch den Russländischen Jüdischen Kongress (REK) und andere jüdische Organisationen zur »Volkszählung in eigener Regie« sowie zur Angabe der Nationalität bei der russländischen Volkszählung 2021 aufgerufen. Die zu diesem Zweck vom REK initiierte Social-Media-Kampagne »Über zwei Handschläge« (*dva rukopožatija*) sollte außerdem mehr Sichtbarkeit für jüdisches Leben schaffen.²⁸ Wie die ehemalige Duma-Abgeordnete, Vorsitzende des Zentrums »Holocaust« und Mitglied des Präsidiums im REK, Alla Gerber es formulierte, sollte diese Kampagne gegen die erniedrigende Erfahrung des Sich-Versteckens in der UdSSR wirken (Yandex Zen 2021).

Die Erfahrung des jüdischen Lebens in der Sowjetunion prägt das jüdische Selbstverständnis heute in verschiedener Hinsicht noch stark. Galina Zelenina, Professorin an der Russländischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität begreift das Selbstverständnis russisch-jüdischer Institutionen heute als Ergebnis einer doppelten Unterdrückungserfahrung: die jüdische Erfahrung als unterdrückte Minderheit einerseits und eine russische Perspektive als Nation mit Verlusterfahrung durch den Zusammenbruch der Sowjetunion andererseits. In diesem Zusammenhang deutet sie das Sprechen einiger jüdischer Institutionen in Superlativen als Reaktion auf diese Erfahrung, wenn zum Beispiel das Jüdische Museum und Toleranzzentrum in Mar'ina Roša als das »größte, teuerste und modernste« jüdische Museum in Europa beschrieben wird (Zelenina 2018: 259f.).

Jüdische Identität und Selbstverständnis

Die bisher nur teilweise veröffentlichte Untersuchung des Euro-Asiatischen Jüdischen Kongresses zur jüdischen Identität im postsowjetischen Raum gibt interessante Einblicke in das Selbstverständnis von Jüdinnen*Juden aus Russland, Ukraine, Belarus, Kasachstan und Moldawien (Chanin/Černin, 2020). Die Autoren betonen, dass Religion als definierender Faktor zwar zu-

²⁸ Der Name der Kampagne spielt darauf an, dass sich alle Jüdinnen*Juden über zwei Ecken kennen würden, während es bei allen anderen Menschen sechs wären.

nehmend an Bedeutung gewinnt, dass aber das Jüdisch-Sein in der Mehrheit als ethnische Zugehörigkeit empfunden wird. Diese verschiedenen Ausprägungen der jüdischen Identität, die orthodox-religiöse, die sowjetisch-säkulare, sowie eine an das israelische Rückkehrrecht angelehnte Definition stehen oft in Konflikt zueinander. Dass die Bedeutung religiöser Tradition bislang eher eine geringe Rolle spielt, zeigen die Umfrageergebnisse: 27% der Befragten verstanden sich als religiös, während 25% unsicher waren und 48% sich als nicht religiös beschrieben. Nur ein kleiner Teil von 9% besucht regelmäßig die Synagoge, 6% am Shabbat und 16% an Feiertagen. 8% leben kosher, 21% gaben als Antwort »manchmal« an. Die Frage, was für sie das Judentum ausmachen würde, beantworteten nur 16% mit »sich an religiöse Gebote halten«. Ein Großteil, nämlich 73%, antwortete auf die Frage mit »der jüdischen Nationalität angehören«. Häufig wurde außerdem Wissen über jüdische Geschichte und Kultur genannt.

Bemerkenswert ist, dass nur 39% die Frage »Wollen Sie auswandern?« verneinten. 25% beantworteten die Frage mit ja, 35% waren sich unschlüssig. Nach den Gründen wurde in der Studie nicht gefragt, jedoch wäre davon auszugehen, dass auch Missstände und Antisemitismus in den jeweiligen Mehrheitsgesellschaften eine Rolle spielen.

Die Studie zeigte auch, dass die Selbstverortung postsowjetischer Jüdinnen*Juden sehr unterschiedlich ist. 21% gaben an, sich einfach nur als jüdisch zu identifizieren, 31% verstanden sich als russische bzw. ukrainische, belarussische, kasachische oder moldawische Jüdinnen*Juden, 18% beschrieben eine Gleichzeitigkeit zweier nationaler bzw. ethnischer Zugehörigkeiten, während 20% gar keine Angehörigkeit angaben und 5% sich nur der Mehrheitsgesellschaft zugehörig fühlen. Diese Antworten erklären ein Stück weit auch, warum die Bestimmung der Gesamtzahl der Jüdinnen*Juden in Russland so schwerfällt.

Organisationsstrukturen seit 1990

Die Bewegung der 1980er Jahre war geprägt von sehr unterschiedlichen Strömungen jüdischen Aktivismus: Kulturelle, zionistische, orthodoxe und reformierte religiöse Gruppen kooperierten miteinander und mit verschiedensten Organisationen, die sich mit Hebräisch, Jiddisch oder jüdischer Geschichte beschäftigten. Die Solidarität untereinander war angesichts der restriktiven sowjetischen Politik größer als die Differenzen. In den 1990er Jahren setzte sich dieses Revival jüdischen Lebens fort, war aber nunmehr von Aushandlungs- und Differenzierungsprozessen innerhalb der neugegründeten Organisationen geprägt. Innerhalb der im Dezember 1989 gegründeten Organisation Va'ad (Vaad l'Hatzolas Nidchei Yisroel, Rat der jüdischen Verbände) kam es mit dem Zerfall der Sowjetunion auch zur Abspaltung der litauischen und ukrainischen Verbände. Ein weiterer Streitpunkt war die Frage, ob man sich eher an europäischen oder eurasischen Strukturen orientieren sollte. Infolge dieser Auseinandersetzungen bildeten sich in den postsowjetischen Staaten jeweils eigene Verbände. Im russländischen Va'ad, der sich 1992 gründete, entbrannten Debatten über den Charakter der Organisation: Sollte man den Traditionen

der politischen Gegenbewegung der Perestroika-Zeit treu bleiben oder sich in staatliche, professionelle Strukturen einfügen? Diese Fragen führten gerade in den Anfangsjahren zu Rivalitäten und Konflikten (Satanovsky 2002: 32–36).

Dazu trugen auch die vielen internationalen Organisationen bei, welche in den 1990er Jahren in den Ländern der ehemaligen UdSSR Fuß zu fassen versuchten:

»Die postsowjetische Welt wurde zu einer Attraktion für einige ausländische jüdische Organisationen, von denen die schnellsten (...) in der Lage waren, den »Markt« zu erobern«
(Satanovsky 2002: 34).

Während viele russländische Organisationen den produktiven Austausch und Kooperationen mit israelischen und US-amerikanischen Institutionen pflegen, gibt es aber auch eine gewisse Skepsis und das Gefühl einer Bevormundung durch etablierte Institutionen (Satanovsky 2002: 38f.).

Der Historiker Volodymyr Oks schreibt den jüdischen Organisationen im postsowjetischen Raum drei wesentliche Wirkungsbereiche zu: einen »weltlichen«, einen wohltätigen und einen religiösen. Im Bereich des Religiösen hat sich vor allem seit Mitte der 1980er Jahre die orthodoxe chassidische Bewegung Chabad-Lubawitsch²⁹ etabliert, deren Vertreter Berl Lazar der Föderation Jüdischer Gemeinden Russlands (FEOR) seit 1999 vorsteht. Die Organisation wirkt aber auch im politischen Feld. Zudem ist noch der Kongress der jüdischen religiösen Gemeinden und Organisationen Russlands (KEROOR) zu nennen, der bereits 1989 als sowjetischer Kongress wirkte. Der Verband repräsentiert orthodoxe und progressive Gemeinden, ist aber politisch von geringerer Bedeutung.

Im »weltlichen« und wohltätigen Bereich sind vor allem Organisationen des kulturellen Lebens tätig, insbesondere der Russländische Jüdische Kongress (REK), der eng mit dem Joint und anderen internationalen Organisationen zusammenarbeitet. Er finanziert sich überwiegend durch Zuwendungen, die bei jüdischen Unternehmer*innen eingeworben werden (Oks 2004: 107f.). In den 1990er Jahren hatte sich der REK zunächst als führende Organisation etabliert, deren Strukturen sich auch jüdische Verbände in anderen postsowjetischen Staaten zum Vorbild nahmen. Ende der 1990er/Anfang der 2000er entbrannte jedoch ein Konflikt um die Wirkungsfelder und den politischen Einfluss des REK und dem ihm nahestehenden KEROOR. Als Auslöser dieses Konflikts gilt die Absetzung des Unternehmers Vladimir Gusinskij als Präsident des REK 2001 als Folge einer politischen Auseinandersetzung mit Putin. Diesen Umbruch nutzte FEOR und konnte ihre politischen Beziehungen zum Kreml erheblich ausbauen (Satanovsky 2002: 37–40; Zelenina 2018: 266).³⁰ Dieser Konflikt trieb einen tiefsitzenden Keil zwischen die Verbände, der erst 2015 durch eine »Vereinbarung über die Konfliktvermeidung und Zusammenarbeit zugunsten des Landes und des jüdischen Volkes« offiziell beigelegt wurde (Korobov 2015, Übersetzung der Autor*innen). Als Gewinnerin im religiösen Feld ging aus dieser Konfrontation FEOR und somit die

29 Chabad ist eine orthodoxe Strömung des Judentums, die in der Nähe von Smolensk begründet wurde und deren Zentrum seit dem 20. Jahrhundert in New York liegt. Die Organisation war schon vor der Perestroika in der UdSSR tätig und war die wichtigste der wenigen religiösen Anlaufstellen (Zelenina 2018: 252f.).

30 Der Orientalist Eugene Satanovsky, der selbst von 2001–2004 Präsident des REK war, kommentierte die Beziehung von FEOR zum Kreml mit der zynischen Bemerkung, diese Rolle sei in der russischen Geschichte bisher nur dem Antizionistischen Komitee in den 1980er Jahren zugekommen. In der Schwere dieses Vorwurfs zeigt sich die Tiefe des Zerwürfnisses (Satanovsky 2002: 38). Es sollte allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass Satanovsky selbst immer wieder in propagandistischen pro-putinschen Kreisen verkehrt, insbesondere in den Talkshow-Formaten von Vladimir Solov'ëv, der als wichtiger Propagandist des Kremls gilt (Kaltseis 2017). Anfang März 2022 sperrte YouTube seinen Account.

chassidisch-orthodoxe Bewegung hervor. Progressive oder reformierte Strömungen sind eher kleiner, der Vorsitzende Berl Lazar nannte sie eine »amerikanische Erfindung« (Zelenina 2018: 257). Nach wie vor sieht sich FEOR als wichtigster Vertreter der russisch-jüdischen Bevölkerung, während Teile des vorwiegend säkularen und regierungskritischen Judentums in Russland diese Organisation als »Putins Juden« bezeichnen und sich gegen die politische Vereinnahmung aussprechen (Zelenina 2018: 273).

Neuverhandlungen der Geschichte – Erinnerung an die Shoah³¹ heute

Schon in den 1980er Jahren im Zuge von *Perestroika* und *Glasnost* entstanden regionale Gruppen zur Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Völkermord an den Jüdinnen*Juden. Mit dem Zerfall der Sowjetunion verschwand zunächst auch der starre Gedächtnisrahmen, in dem sich diese Erinnerung bewegen konnte. Dadurch waren die frühen 1990er Jahre einerseits von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen geprägt, die ihre eigenen, neuen Wege fanden, an die Shoah zu erinnern, andererseits gab es auch antisemitische Stimmungen in dem Diskurs: Der Historiker und Gründer des ersten russländischen Holocaust-Zentrums Il'ja Al'tman bezeichnete das Russland der 1990er Jahre als »internationale Hochburg der Holocaustleugnung« – Schriften westlicher Holocaustleugner*innen konnten dort ohne Restriktionen verkauft werden (Al'tman 2021).

Das hinderte allerdings die zahlreichen Akteur*innen auf dem Gebiet der Erinnerungskultur nicht daran, sich zunehmend zu institutionalisieren. Hinzu kam nun die Öffnung der unter sowjetischer Führung unter Verschluss gehaltenen Archive mit Unmengen an neuen Quellen über den Zweiten Weltkrieg und die Shoah, die es zu erschließen galt. So gründete sich 1992 in Russland das Forschungs- und Bildungszentrum Holocaust, auf dessen Initiative in Zusammenarbeit mit dem REK sechs Jahre später das erste jüdische Museum zur Geschichte der Shoah in Russland entstand. Seit Mitte der 1990er Jahre erhielt das Zentrum zur Gründung dieses Museums staatliche Unterstützung, die es bis heute vom russländischen Präsidenten und von anderen staatlichen Stellen erhält. Bei der Museumseröffnung waren der damalige Präsident Boris Jelzin sowie der Moskauer Bürgermeister Jurij Lužkov anwesend (Mochalova 2017: 153). Heute wird das Forschungs- und Bildungszentrum von dem Historiker Il'ja Al'tman und Alla Gerber, Schriftstellerin und Politikerin, geleitet und befasst sich mit Ausstellungen, Forschung, Archiven, Denkmälern sowie mit Bildungsprogrammen. Das Museum des jüdischen Erbes und des Holocaust ist Teil des Gedenkkomplexes auf dem zentral gelegenen Poklonnaja-Hügel in Moskau, welcher als Park des Sieges angelegt ist und verschiedene andere Bauten beheimatet (etwa das Zentrale Museum des Großen Vaterländischen Krieges). Es behandelt auch die jüdische Geschichte auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion vor dem Zweiten Weltkrieg, der Schwerpunkt der Ausstellung liegt allerdings auf der Shoah (Mochalova 2017: 153). Der Ansatz des Museums ist ein eher universalistischer: Seine Mission, so beschreibt es die Kuratorin der Sammlungen, Natalija Anisina, sei die »Formierung eines toleranten Bewusstseins«, und das Lernen von »Widerstand

³¹ Wir nutzen in diesem Text den hebräischen Begriff Shoah (Katastrophe), wenn wir über den Völkermord an den europäischen Jüdinnen*Juden sprechen. Da allerdings im russischsprachigen akademischen und gesellschaftspolitischen Diskurs überwiegend der Begriff Holocaust gebräuchlich ist, verwenden wir den Begriff im Folgenden synonym, wenn wir von der Arbeit und dem Selbstverständnis jüdischer Institutionen sprechen.

gegen jeden Ethnogenozid«. So wird der Gründer des Forschungs- und Bildungszentrums Holocaust, Mikhail Gefter, mit den Worten zitiert: »*Es gibt keinen Genozid gegen ein Volk, ein Genozid richtet sich immer gegen alle*« (Anisina 2015: 156, Übersetzung der Autor*innen). Aus diesen Überlegungen heraus engagiert sich das Museum auch in vielen tagesaktuellen Fragen: Neben der Museums- und Archivarbeit gibt es verschiedene Programme zu neonazistischen Tendenzen in Russland heute, gegen Antisemitismus, Xenophobie und Intoleranz (Anisina 2015: 159).

Ein weiteres bedeutendes jüdisches Museum ist das Jüdische Museum und Toleranzzentrum. Gegründet durch FEOR, wurde es im November 2012 in Anwesenheit des damaligen israelischen Präsidenten Shimon Peres und Vladimir Putin im Norden Moskaus eröffnet (Dekel-Chen 2018: 93). Der monumentale Bau beherbergt neben der umfangreichen Dauerausstellung zur jüdischen Geschichte in Russland und auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR auch immer wieder wechselnde Ausstellungen sowie ein Forschungszentrum, ein Toleranzzentrum³², ein Bildungszentrum und ein Kinderzentrum (Mochalova 2017: 163). Das Zielpublikum sind durch die eher periphere Lage weniger Tourist*innen als russische Staatsbürger*innen. Entsprechend spielte bei der Konzeption der Ausstellung die Frage eine wichtige Rolle, wie mit gesellschaftlich verankerten antisemitischen Stereotypen und Fehlvorstellungen aufgeräumt werden kann. Ein zentraler Teil der Ausstellung ist auch hier der Holocaust. Das Museum fokussiert sich vor allem auf die *agency* von Jüdinnen*Juden während des Krieges und betont die Rolle der jüdischen Rotarmisten:

»The main message of the Jewish Museum is this: Russian Jews were (part of) the nation that won the war, not of the nation that suffered from pogroms. They are the makers of history, not its victims. This stance is consonant with the general Russian re-evaluation of the accomplishments achieved over the last 10 years« (Zelenina 2018: 261).

2015 entbrannte eine hitzige Debatte um das Zentrum, unter anderem, weil der Gründungsinstitution FEOR und seinem Vorsitzenden Berl Lazar eine zu große Nähe zu Putin und damit eine indirekte Einflussnahme auf das Narrativ des Museums vorgeworfen wurde. Auslöser der Debatte war ein Essay der Kulturwissenschaftlerin Olga Gershenson, in dem sie die Abhängigkeit des Museums von Putins Wohlwollen betonte. Jonathan Dekel-Chen, Professor an der Hebrew University in Jerusalem und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats, der bis zur Eröffnung an der Ausstellung beratend beteiligt war, berichtet zwar von Diskussionen während der Ausstellungsplanung, aber eine direkte Einflussnahme des Kremls habe er nicht beobachten können (Dekel-Chen 2018: 98f., 105).

Es gibt außerdem eine heterogene Landschaft an dezentralen Denkmälern, Initiativen, Kooperationsprojekten rund um das Thema Holocaust, die zu großen Teilen zivilgesellschaftlich organisiert sind. Auch wenn jüdische

³² Der Begriff der Toleranz, der in den offiziellen Namen mitaufgenommen wurde, war und ist durchaus umstritten. Der Begriff ist im Russischen nicht wirklich gebräuchlich und klingt für einige daher befremdlich. Außerdem, so beschrieb es ein Mitglied des international besetzten Content Committee, wirke der Name angesichts des wachsenden Autoritarismus sowie Nationalismus etwas »zynisch« (Dekel-Chen 2018: 100).

Akteur*innen dabei eine zentrale Rolle spielen, beteiligen sich auch Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft an diesen Initiativen. Einige solcher Projekte sind an größere jüdische Organisationen wie der REK angebunden, andere wiederum werden lokal von staatlichen Behörden gefördert (Al'tman 2021). Gleichzeitig wirkt das Erbe der Sowjetunion nach: »Darüber zu sprechen ist zwar mittlerweile erlaubt, aber man fürchtet sich noch immer«, schrieb ein Journalist in einer Rezension über den 2021 erschienen Film *Babij Jar. Kontext* von Sergej Loznica. Während der Film in Cannes viel beachtet wurde, herrsche in Russland und der Ukraine eine »Verschwörung des Schweigens« (Dolin 2021, Übersetzung der Autor*innen).

Die Shoah im staatlichen Narrativ

Wie schon die Errichtung und Förderung der beiden Museen verdeutlicht, hatte die Staatsführung seit Ende der 1990er Jahre zunehmend Interesse an der Erinnerung an die Shoah. Der Holocaust wird heute als Völkermord an den europäischen Jüdinnen*Juden anerkannt und die Wichtigkeit dieses Ereignisses und der Erinnerung daran bei verschiedenen Gelegenheiten betont. Dieses Interesse war bislang aber auch unstet und widersprüchlich: 2005 gehörte Russland zusammen mit weiteren 90 Ländern zu den Initiatoren der Resolution der UNO-Generalversammlung, die den 27. Januar als *International Holocaust Remembrance Day* deklarierte. Der Tag wurde in Erinnerung an die Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee gewählt. Allerdings wird der Gedenktag nicht offiziell begangen. Appelle verschiedener jüdischer Organisationen, den Gedenktag umzusetzen, wurden von der Präsidentialverwaltung bisher mit Verweis auf den Gedenktag zum 22. Juni 1941³³ abgewiesen (Al'tman 2021). Der 27. Januar als Holocaust-Gedenktag wurde bis November 2021 in Schulprogrammen erwähnt, dann sollte er aus nicht näher erläuterten Gründen gestrichen werden. Am 27. Januar 2022 veröffentlichte der Kreml die Mitteilung, dass der Gedenktag an Schulen nun doch wieder eingeführt wird (Tass 2022).

Spätestens seit dem 75. Jahrestag des Sieges im Jahr 2020 fand die Shoah Einzug in das Narrativ des Großen Vaterländischen Krieges (Al'tman 2021; Kolesnikov 2020: 3). Die Erinnerung an den Krieg entwickelte sich in diesen Jahren zu einem innen- und (besonders seit Beginn des antiwestlichen Kurses Putins 2007) außenpolitischen Instrument. So wurde im Februar 2020 die »Verteidigung der historischen Wahrheit« verfassungsmäßig festgeschrieben, jede Art der vermeintlichen »Geschichtsklitterung« wird als »Teil einer hybriden Kriegsführung des Westens gegen Russland« aufgefasst (Kolesnikov 2020: 5). Diese Art von Geschichtspolitik hat auf der internationalen Bühne in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und richtet sich meist gegen außenpolitische Gegner, gegen den Westen oder ehemalige Sowjetrepubliken. Entsprechend gibt es im staatlichen Narrativ zum Holocaust drei Leitmotive: der Fokus liegt meist eher auf den Verbrechen in Deutschland und Polen und weniger auf dem Territorium der UdSSR; bei Gedenkveranstaltungen und in offiziellen Schreiben wird immer häufiger auf die Kollaboration von Täter*innen aus der Ukraine, Polen oder dem Baltikum hingewiesen, aber russi-

33 Tag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion und damit der Beginn des Großen Vaterländischen Krieges.

sche Mittäter*innen werden ausgespart; außerdem wird die Rote Armee als Befreierin der Jüdinnen*Juden inszeniert (Al'tman 2021).

Auch der Vorwurf des Antisemitismus taucht im Kontext außenpolitischer Beziehungen, vor allem zwischen Russland und Ukraine, als Kampfbegriff auf. Besonders seit dem Umbruch 2014 dient der Begriff dazu, den politischen Gegner auf der internationalen Bühne zu diskreditieren. Dazu wird sowohl auf die aktuelle Situation verwiesen, als auch die Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der Kollaboration ukrainischer Nationalisten mit den Deutschen bemüht (Chanin 2019: 33).³⁴ Auch gegen den Westen wird dieses politische Argument angeführt: Russland sei in Hinblick auf Antisemitismus »im Vergleich zu Westeuropa weiterhin eine ›Insel der Ruhe‹«, sagte der Präsident von FEOR Aleksandr Boroda in einem Interview (Lipič 2014, Übersetzung der Autor*innen). Im Januar 2016 äußerte sich Putin ähnlich, bei einer Unterredung im Kreml mit dem Chef des Europäischen Jüdischen Kongresses, Mosche Kantor, der von dem Hass auf Juden in Westeuropa berichtete: »Sollen sie doch zu uns kommen, wir nehmen sie auf (...) Aus der Sowjetunion sind sie ausgereist, jetzt können sie zurückkommen« (Kreml 2016, Übersetzung der Autor*innen).

Das sowjetische Erbe – Opferkonkurrenzen

Von der sowjetischen Führung wurden alle Versuche, jüdische Opfer der Nationalsozialisten zu benennen, mit der Chiffre »friedliche Sowjetbürger« ersetzt. Keine Nationalität sollte besonders hervorgehoben oder in den Vordergrund gerückt werden. Mit dem Wegbrechen der sowjetischen Zensur eröffneten sich seit der *Perestroika* neue Möglichkeiten, die Shoah im öffentlichen Raum erinnern zu können. Dennoch finden sich bis heute Überbleibsel der sowjetischen Geschichtsdeutung im Erinnerungsdiskurs. So etwa 2011 in Rostow am Don³⁵: Die 2004 angebrachte Plakette, auf der von dem Mord an über 27.000 Jüdinnen*Juden und vom Holocaust die Rede war, wurde durch folgende Widmung ersetzt: »27 Tausend friedliche Bürger Rostows am Don, sowie sowjetische Kriegsgefangene«.

Der von lokalen Behörden beauftragte Historiker Aleksandr Charčenko begründete die Entscheidung wie folgt: »Die Opfer nach irgendwelchen Merkmalen zu trennen ist historisch nicht korrekt. Wenn an dem Denkmal Tafeln für alle nationalen, politischen und sozialen Gruppen angebracht werden (...) könnte dies zu einer Entstellung unseres historischen Gedächtnisses, zur Zerstörung unserer nationalen Identität führen« (Romanova 2022, Übersetzung der Autor*innen). Die Betonung jüdischen Leidens wird nach wie vor noch als Herabwürdigung des Leidens anderer Gruppen aufgefasst. Rostow am Don ist da keineswegs ein Einzelfall. Putin schlug in seiner Rede beim Internationalen Holocaust Forum des Yad Vashems in Jerusalem am 23. Januar 2020 einen ähnlichen Ton an: »Der Holocaust war die zielgerichtete Vernichtung von Menschen. Aber wir müssen uns daran erinnern, dass die Nazis das gleiche Schick-

34 Im Februar 2022 rechtfertigte Putin den Angriffskrieg auf die Ukraine mit dem Argument, man würde das Land »entnazifizieren« (Putin 2022, Übersetzung von Volker Weichsel und Olga Radetzkaja).

35 In Rostow am Don im Südwesten Russlands wurden am 11. und 12. August 1942 ca. 27.000 Jüdinnen*Juden von deutschen Truppen erschossen. Es ist der Ort der größten Vernichtungsaktion in Russland. Seit 1975 steht dort ein großes Denkmal für die »Opfer des Faschismus«.

sal für viele andere Völker vorbereitet haben: Zu »Untermenschen« wurden auch Russen, Weißrussen, Ukrainer, Polen und Vertreter vieler anderer Nationalitäten erklärt« (Kreml 2020, Übersetzung der Autor*innen). Es findet somit seit Ende der 2010er Jahre eine Diskursverschiebung hin zu einem »slawischen Völkermord« bzw. einem »Genozid am sowjetischen Volk« statt (so der ehemalige Kulturminister Wladimir Medinski und der wissenschaftliche Direktor der Russischen Militärgeschichtlichen Gesellschaft Michail Mjagkov, zit. nach Al'tman 2021).³⁶

Antisemitismus

Antisemitismus im heutigen Russland ist für viele jüdische Institutionen ein zentrales Thema ihrer Arbeit und wird öffentlich thematisiert. Wissenschaftler*innen sowie zivilgesellschaftliche Akteur*innen widmeten sich in zahlreichen Konferenzen, Veranstaltungen und Studien der Untersuchung dieses Phänomens. Acht dieser Studien aus den Jahren 1992–2019 sind in einer Untersuchung von Vladimir Chanin, dem wissenschaftlichen Vorsitzenden des Instituts für Euro-asiatische jüdische Studien in Herzliya, zusammengefasst und bieten die Grundlage für den folgenden Abschnitt.

Innerhalb der öffentlichen Debatte gibt es durchaus gegenläufige Einschätzungen zum Thema Antisemitismus:

Der Oberrabbiner Russlands und Vorsitzender von FEOR, Berl Lazar, sieht die Entwicklungen vor dem Hintergrund der repressiven sowjetischen Politik als eine Erfolgsgeschichte, mehr noch als ein Wunder:

»Noch vor kurzem lebten wir in einem Staat, der unseren Glauben hasste und alles tat, um das Judentum zu vernichten. Jetzt, Gott sei Dank, respektiert die Staatsmacht unser Volk und unsere Religion. Natürlich unterstützen wir diesen Staat, so weit wir können« (Berl Lazar 2014, zit. nach Zelenina 2018: 266, Übersetzung der Autor*innen).

Über Putin sagt er:

»Er sendet eine Botschaft der Intoleranz gegenüber Antisemitismus. Seine Treffen mit uns senden eine starke Botschaft an die Menschen. Für die Juden in Russland haben sich die Dinge drastisch verändert. Es ist nichts weniger als ein Wunder« (Berl Lazar 2014, zit. nach Zelenina 2018: 266, 270, Übersetzung der Autor*innen)-

Alla Gerber, die Präsidentin der Stiftung Holocaust, äußert sich etwas pessimistischer:

³⁶ Der Begriff Genozid diente ebenfalls der Legitimation des Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022. Putin sprach von einem Völkermord an der russischsprachigen Bevölkerung im Osten des Landes, was im Zusammenhang mit dem Vorwurf der »Nazi-Ukraine« und eines »Blitzkriegs« im Donbass an das Vokabular des Holocaust-Diskurses in Russland anknüpft (Putin 2022, Übersetzung von V. Weichsel und O. Radetzka).

»Besteht für Juden (...) eine Gefahr in dem Land namens Russland? Natürlich besteht sie. Heute gibt es keinen staatlichen Antisemitismus, ich wiederhole ganz stumpf: »Putin ist kein Antisemit«, und das Volk lebt, wie der Zar befiehlt. Aber der Zar wird sich ändern, und der neue könnte ein vollkommen anderer sein. Und hier reicht schon ein Funken, denn Antisemitismus gab es, gibt es, und wenn er gebraucht wird, wird er sein« (Simkin 2019).

37 Das Levada-Zentrum ist eines der führenden unabhängigen Meinungsforschungsinstitute Russlands. 2016 wurde das Levada-Zentrum als »ausländischer Agent« registriert und wird seitdem in seiner Arbeit – wie auch andere als »ausländische Agenten« registrierte Organisationen – eingeschränkt.

38 Nicht nur in der Studie des Levada-Zentrums wird Antisemitismus als Xenophobie aufgefasst, dies ist auch die Perspektive vieler jüdischer Organisationen. Unter anderem wird seit 2018 vom REK jährlich eine Internationale Konferenz zur Bekämpfung des Antisemitismus, Rassismus und Xenophobie durchgeführt (*Moskovskaja Mezdunarodnaja konferencija po protivodejstviju antisemitizmu, rasizmu i ksenofobii*). Auf der Website heißt es: »Antisemitism is indissolubly tied to xenophobia and is closely intertwined with the escalation of hate in the world and creation of an image of the enemy, when certain population groups become the objects of hate on a national, religious or racial basis« (<https://mcca.ru/en/about/>). Ebenso engagiert sich das Museum des Jüdischen Erbes und des Holocaust (Музей Еврейского Наследия I Холокоста) in Projekten gegen Antisemitismus und Xenophobie (Anisina 2015: 160).

Bei Berl Lazar klingt ein zentrales Motiv des Diskurses um Antisemitismus im heutigen Russland an: Die heutige Situation wird meist vor dem Hintergrund der sowjetischen Erfahrung gedeutet. Das meint auch Alla Gerber, wenn sie vom »staatlichen Antisemitismus«, den es heute nicht (mehr) gebe, spricht. Durch diese Betrachtungsweise hat sich in den vergangenen Jahren die Vorstellung etabliert, dass nach dem Zerfall der UdSSR der Antisemitismus verschwand (Chanin 2019: 12). Empirischen Untersuchungen, wie etwa die umfangreiche Studie des Levada-Zentrums³⁷ deuten tatsächlich auf einen gesellschaftlichen Wandel und auf eine Abnahme antisemitischer Denkmuster hin, sowohl in der Abfrage antisemitischer Denkmuster in der Mehrheitsgesellschaft als auch in der Wahrnehmung von Jüdinnen*Juden. Als Grund für diese Abnahme sehen die Autor*innen die Neubestimmung des »inneren Feindes« – während diese Rolle in der UdSSR den Juden zukam, die also als »fremdes«, »unsowjetisches« Element markiert wurden, fällt diese Rolle nun anderen Gruppen zu: in Russland vor allem muslimischen Migrant*innen, dem »Westen«, sowie einigen ehemaligen Sowjetrepubliken (v.a. Ukraine, Georgien und die baltischen Staaten) (Chanin 2019: 12ff.). Zu dieser Interpretation ist zu sagen, dass innerhalb des russisch-jüdischen Diskurses Antisemitismus meist im Zusammenhang mit Xenophobie verstanden und gedeutet wird.³⁸

Als 2018 in Novokuzneck (Sibirien) unbekannte Täter*innen ein Denkmal der russisch-armenischen Freundschaft mit einer Swastika und dem Zusatz »den Juden« (»evrejam«) beschmierten, offenbar in der Annahme, es handle sich bei dem fremdartigen Buchstaben um Hebräisch, kommentierte Jurij Kanner, Präsident des REK, die Täter*innen hätten damit »unbewusst die universelle Essenz des Antisemitismus zum Ausdruck gebracht: Er basiert auf Fremdenhass – und Juden sind lediglich die Verkörperung des gehassten Fremden« (zit. nach Chanin 2019: 24, Übersetzung der Autor*innen).

Während die Studien auf eine Art Rekordtiefe des Antisemitismus in Russland hinweisen, gibt es dennoch Hinweise auf Kontinuitäten sowjetischer antisemitischer Narrative. Etwa besteht weiterhin die Vorstellung, Jüdinnen*Juden nähmen zu hohe Positionen in der Gesellschaft ein oder sie hätten andere Interessen als die des russischen Volkes. Ebenso wirken antizionistische Narrative fort, wie etwa der Vergleich zwischen Zionismus und Nationalsozialismus (Chanin 2019: 16, 30f.). Insgesamt werden die in der Tendenz abnehmenden, aber weiterhin präsenten antisemitischen Denkmuster als »passiv« bezeichnet, sie besäßen wenig politisches »Mobilisierungspotential«.

Wie das o.g. Zitat von Alla Gerber zeigt, entsprechen die empirisch erhobenen Daten nicht unbedingt dem subjektiven Empfinden aller Jüdinnen*Juden. Teilweise gibt es auch gegenläufige Beobachtungen, der REK stellte 2018 die Zunahme antisemitischer Äußerungen unter russischen Lokalpolitiker*innen fest (Chanin 2019: 22). In einer Studie des REKs aus dem Jahr 2016 teilten die Autor*innen die Träger*innen antisemitischer Vorurteile in drei Kategorien ein: Demnach seien 8–16% als überzeugte Fremdenhasser*innen und Antisemit*innen einzuordnen, 18–35% hätten weniger beständige, aber dennoch einige antisemitische Denkmuster verinnerlicht und bei 40–65% traten diese vereinzelt auf (Chanin 2019: 17). Die Studie der Anti-Defamation-League aus dem Jahr 2019 ergab einen Anteil von 31% der russischen Bevölkerung, welcher antisemitische Überzeugungen hätte.³⁹ Eindeutig wachsende antisemitische Tendenzen lassen sich dagegen im Internet und in den sozialen Medien ausmachen. Allein in der ersten Jahreshälfte 2015 wurden 5.300 russischsprachige Internetseiten mit extremistischen und antisemitischen Inhalten gelöscht oder blockiert. Eine israelische Untersuchung des populären russischen sozialen Netzwerks VKontakte identifizierte allein in der Zeit von Mai bis November 2021 370 antisemitische Postings. Die Bandbreite der Themen reicht von Holocaustleugnung bis hin zu antisemitischen Verschwörungstheorien, besonders im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie (Aharon/Aldubi 2022: 1).

Religiöser Antisemitismus: Das Revival der Ritualmordlegende und der Einfluss der russisch-orthodoxen Kirche

Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Ermordung der Zarenfamilie kam es wiederholt zur Reproduktion der antisemitischen Ritualmordlegende. Die russische Politikerin und Abgeordnete der Duma Natal'ja Poklonskaja sprach 2017 davon, dass es sich bei dem Mord um ein »Verbrechen, einen schrecklichen Ritualmord (*ritual'noe ubijstvo*)« gehandelt habe. Sie fügte hinzu: »Viele fürchten sich, darüber zu sprechen. Aber alle verstehen, dass genau das passiert ist« (zit. nach Chanin 2019: 27, Übersetzung der Autor*innen). Die Leitung der Orthodoxen Kirchen Russlands initiierte 2017 zusammen mit dem Untersuchungsausschuss der Russländischen Föderation (*Sledstvennyj komitet RF*; Teil der Staatsanwaltschaft) eine Untersuchung der Ermordung der Zarenfamilie, in deren Zusammenhang auch eine Version eines Ritualmordes der Zarenfamilie durch Juden auftaucht. Für den Journalisten Aleksandr Soldatov, der in der *Novaja Gazeta* darüber berichtete, reiht sich das in den politischen Trend Russlands ein: Der Staat verstehe die Geschichte als »Aneinanderreihung großer Siege, und wenn es in dieser Geschichte schwarze Seiten gibt, dann wurden sie von heimtückischen Feinden geschrieben«. Dazu trage die russisch-orthodoxe Kirche maßgeblich bei, die Ritualmordlegende sei dort gerade in den letzten Jahren immer wieder auch von führenden Kirchenoberhäuptern bedient worden

39 Zum Vergleich: Für Deutschland lag die Zahl 2019 bei 15%, im Jahr 2014 allerdings noch bei 27% (ADL 2019). Während in Deutschland die Zahlen nach wie vor als besorgniserregend wahrgenommen werden, begegnet man dem in Russland mit einer gewissen Gelassenheit und spricht von Verbesserungen.

(siehe auch Chanin 2019: 27). Gesellschaftlichen Widerspruch gab es, außer von jüdischen Verbänden, kaum. Denn das Verschwörungs- und Sündenbockdenken passe gut zur russischen Außenpolitik, so Soldatov. Sein Resümee: »Noch vor fünf Jahren wäre es nicht vorstellbar gewesen, dass Russen Ukrainer töten und dass das Staatsfernsehen Russlands den USA mit ›radioaktiver Asche‹ drohen wird. Wenn es nicht gelingt den Trend zur Xenophobie und globalen Isolation Russlands zu brechen, wer weiß, ob in naher Zukunft das letzte Siegel entfernt wird und der Antisemitismus nicht Teil der staatlichen Ideologie wird ...« (Soldatov 2017, Übersetzung der Autor*innen)

Der Fall Farber – Der Vorwurf der »doppelten Loyalität«

Wie antisemitische, sowjetisch geprägte Narrative auch auf institutioneller Ebene fortwirken, demonstrierte der Fall von Il'ja Farber vor einem russländischen Gericht im Jahr 2012.

Il'ja Farber verließ seine Heimatstadt Moskau, um in der Nähe von Tver als Dorflehrer zu arbeiten. Parallel nahm er eine Stelle als Direktor des Hauses der Kultur an, wo er große Renovierungsarbeiten einleitete. Als Farber sich mit dem Bauunternehmen zerstritt, wurde er vom inländischen Geheimdienst verhaftet und der Bestechung beschuldigt. Das Gericht verurteilte ihn zu acht Jahren Freiheitsentzug in einem Hochsicherheitslager und einer Geldstrafe von 3,2 Millionen Rubel. Selbst der verantwortliche Richter gab zu, dass sie »für Mord manchmal weniger geben« (zit. nach Kanner 2012, Übersetzung der Autor*innen). Aufmerksamkeit erlangte der Fall vor allem durch eine Frage, die der Staatsanwalt während des Gerichtsprozesses stellte: »Kann jemand mit dem Familiennamen ›Farber‹ uneigennützig einem Dorf helfen?« (zit. nach Kanner 2012, Übersetzung der Autor*innen). Diese Aussage ist eine Anspielung darauf, dass Farber kein russisch klingender Familienname ist, von einem Juden sei ein altruistischer Einsatz für die Belange eines russisches Dorfes also nicht zu erwarten. Der Vorwurf der »doppelten Loyalität« ist ein weitverbreiteter und alter antisemitischer Topos. Juden wird vorgeworfen, sie stellen die Interessen Israels vor die des Staates, in dem sie leben. Dieser Vorwurf war auch ein zentrales Element der antizionistischen Politik der UdSSR. Aber das Motiv war auch vor der Staatsgründung Israels verbreitet und äußerte sich in einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Juden (Ben Jakob 2019). Oft vermischt sich dieser Vorwurf mit anderen Stereotypen, wie im Fall Farbers mit dem antisemitischen Topos der Geldgier.

Der Fall blieb nicht unwidersprochen. Farber selbst prangerte noch in seiner Verteidigung den Antisemitismus öffentlich an, der REK startete eine Spendenkampagne für die Befreiung von Farber. Nach über zwei Jahren in Untersuchungshaft wurde er wieder aus der Haft entlassen. Allerdings, so beschrieb es der Journalist und ehemalige Sekretär des russländischen Journalistenverbandes Igor' Jakovenko, hätte der Fall Farber »zu einer Informationsbombe werden und als Beweggrund für eine ernsthafte Veränderung des öffentlichen Be-

wusstseins dienen sollen«. Er kommt zur ernüchternden Feststellung: »Ist er nicht geworden, und wird es auch nicht« (Jakovenko 2013). Generell wurde über den Fall ausschließlich in nicht regierungstreuen Medien berichtet; für die Mehrheit der russländischen Bevölkerung blieb der Fall unbekannt.

Fazit und Ausblick

Es ist immer wenig zufriedenstellend, wenn eine Untersuchung mit dem Ergebnis »Es ist kompliziert« schließt, aber in dem Verhältnis Russlands zu den dort leben Jüdinnen*Juden scheint dies doch die treffendste Beobachtung. Die sowjetische Erfahrung prägt das jüdische Leben in Russland und den anderen Nachfolgestaaten nach wie vor, mit all ihren Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten. Nimmt man diese Erfahrung als Gradmesser (und das tun viele postsowjetische Jüdinnen*Juden selbst, da diese durch die geringe zeitliche Distanz bei vielen im familiären und kollektiven Gedächtnis noch sehr präsent ist), so scheint das jüdische Leben heute seit der *Perestroika* eine einzige Erfolgsgeschichte: Das umfassende Revival jüdischen Lebens in den 1990er Jahren brachte eine Vielfalt an Akteur*innen, Organisationen, Gemeinden, Museen und Gedenkstätten hervor, die in den letzten 30 Jahren einen lebendigen gesellschaftlichen Diskurs um das Judentum in Russland prägten. In den Bereichen der Religion, Kultur, Wohltätigkeit und der historischen Bildung ist eine lebendige und vielfältige Landschaft jüdischen und auch nicht-jüdischen Engagements entstanden. Es gibt ein öffentliches Interesse, was sich an Besucher*innenzahlen jüdischer Museen und Shoah-Gedenkstätten zeigt, aber auch in der Nähe einzelner jüdischer Organisationen zum Staat. Die offiziellen Zahlen antisemitischer Vorfälle sinken und auch der Antizionismus, der über Jahrzehnte hinweg die Außenpolitik der UdSSR maßgeblich prägte, ist durch die intensiven außenpolitischen Beziehungen zwischen Israel und Russland in den Hintergrund gerückt.

Doch jede dieser positiven Entwicklungen hatte ihren Preis. Gleichzeitig mit dem Aufblühen jüdischen Lebens verließen Jüdinnen*Juden zu Hunderttausenden das Land. Und auch wenn die Emigrationsbewegung in den 2000er Jahren abebbte, steigen die Zahlen seit 2014 wieder. Dabei ist anzumerken, dass laut dem israelischen Statistikbüro die Einwanderungszahlen aus Russland nur leicht anstiegen, die aus anderen ehemaligen Sowjetrepubliken sich aber von 7.319 2013 auf 14.731 im Jahr 2015 verdoppelten (Central Bureau of Statistics 2020).

Die Vielfalt und Heterogenität an jüdischen Organisationen ging auch mit Konflikten und politischen Machtkämpfen einher, welche die jüdische Gemeinschaft bis heute spalten. Durch das Zerwürfnis Putins mit dem REK 2001 entstand auch ein Gefühl der Abhängigkeit vom Wohlwollen des Präsidenten – und damit eine gewisse Unsicherheit angesichts zukünftiger Entwicklungen. Besonders die Nähe der orthodoxen Gemeinden unter dem Dach von FEOR zum russländischen Präsidenten ist ein Dorn im Auge vieler liberaler, reformierter und säkularer Jüdinnen*Juden.

Diese Ungewissheit wird verstärkt durch Antisemitismus in der Gesellschaft. Dieser wird auf staatlicher Ebene zwar nicht geleugnet, aber seine Be-

deutung heruntergespielt, mit Verweisen auf die schlimmere Lage im Westen. Dabei zeigen sich antisemitische Narrative in unterschiedlichsten Formen, sei es in Rückgriff auf sowjetische oder auch auf vorsowjetische, nationalistische und russisch-orthodoxe Themen, wie sie in der vorliegenden Arbeit angerissen wurden. Sowjetische Narrative in Hinblick auf das Judentum haben sich teilweise auch verschoben: Eines der zentralen Motive etwa, die Gleichsetzung der Juden mit »dem Westen«, hat heute kaum noch Bedeutung und wurde eher ins Gegenteil verkehrt: Russland inszeniert sich als Schutzpatron für Jüdinnen*Juden gegenüber dem vermeintlich grassierenden Antisemitismus im Westen. Bemerkenswert ist, wie dieser Diskurs sich aber auf die Gemeinden übertragen hat, was deutlich wird, wenn ein Vertreter der orthodoxen Gemeinden das Reformjudentum eine »westliche Erfindung« schimpft.

Auch ist es als eine große Errungenschaft jüdischer zivilgesellschaftlicher Initiativen zu betrachten, dass die Geschichte der Shoah heute in verschiedenen Museen repräsentiert wird. Trotz nach wie vor existierender Widerstände findet Erinnerung auch im öffentlichen Raum und auf staatlicher Ebene statt. Mit Besorgnis blicken wir allerdings darauf, dass diese Geschichte in den letzten Jahren immer mehr politisch vereinnahmt und zu einem Argument in außenpolitischen Auseinandersetzungen wurde – und im Extremfall der Legitimation eines Angriffskrieges diene.

Nachwort

»It might seem somewhat irrelevant to debate history during an extreme crisis, while the Russian military is bombing Ukrainian cities. But narratives matter. Putin understands this, and we should too« (Hirsch 2022).

Dass Geschichte lebendige Gegenwart ist, wissen die meisten Historiker*innen. Dennoch rechnet man für gewöhnlich nicht damit, dass der eigene Forschungsgegenstand plötzlich ins Zentrum eines brutalen Angriffskrieges rückt. Als am 24. Februar 2022 Russland die Ukraine überfiel, saßen wir bereits an den letzten Sätzen dieser Arbeit. Mit Entsetzen beobachteten wir in den letzten Wochen die Zerstörung von Städten, Menschenleben und die Entwicklung einer humanitären Katastrophe, welche Europa und die Welt noch über Jahrzehnte prägen wird. Wir beobachteten auch, wie Geschichte zur Waffe wird: »*The Second World War is alive and kicking. Or better, the battle over its memory and moral legacy is alive and viciously kicking the present in the face*« (Fürst 2022).

Den Überfall auf die Ukraine legitimierte Putin mit einem vermeintlichen »Genozid« am russischen Volk, der eine »Denazifizierung« der Ukraine notwendig mache. Dieses Narrativ ist nicht neu, sondern wurde, wie wir zuvor noch gänzlich ahnungslos von seiner Tragweite beschrieben, über Jahrzehnte aufgebaut. In Putins Kriegserklärung heißt es weiterhin: »... sie werden morden, so wie seinerzeit auch die nationalistischen ukrainischen Banden und ihre Strafkommandos, Hitlers Handlanger im Großen Vaterländischen Krieg, unschuldige Menschen ermordet haben« (Putin 2022, Übersetzung von Volker Weichsel und Olga Radetzkaja).

International reagierte man darauf mit Unverständnis, immer wieder wurde die Absurdität des Vorwurfs betont, weil der ukrainische Präsident Volodimir Zelens'kij jüdisch ist und seine Vorfahren von Nationalsozialisten ermordet wurden (Fürst 2022). Doch in Russland sind die Begriffe fast völlig losgelöst von Jüdinnen*Juden. Die Shoah wurde insofern in das Narrativ des Großen Vaterländischen Krieges integriert, als dass sie eigentlich nur ein Nebenaspekt eines Genozids am sowjetischen, am russischen Volk ist. Innenpolitisch appellieren die Begriffe von Genozid und Entnazifizierung an die Emotionalität um den Großen Vaterländischen Krieg und an das Gefühl, das Leiden des sowjetischen Volkes würde nicht ausreichend gewürdigt, was vom Kreml in den vergangenen Jahren innen- und außenpolitisch immer wieder betont wurde. Die Historikerin Francine Hirsch beschrieb, wie die Geschichtspolitik des Kremls über Jahre hinweg die Legitimation des Angriffskrieges vorbereitete und dabei auf antiukrainische Narrative aufbaute, die seit den 1990er Jahren existieren (Hirsch 2022; Fürst 2022). Außerdem, darauf deutete der Faschismusforscher Jason Stanley hin, steht das antisemitische Narrativ, der Fokus auf die Shoah würde von den eigentlichen Opfern ablenken, im Zentrum der christlich-nationalistischen Ideologie, auf deren Grundlage Putin seine »Russische Welt«¹ imaginiert (Stanley 2022).

Nebst den Märchen der »Entnazifizierung« der Ukraine spielt auch das antiwestliche Narrativ eine elementare Rolle zur Sicherung der öffentlichen Zustimmung zum Krieg.² Das Opfer-Narrativ Russlands wird fortgeführt, wenn

1 Russkij Mir bezeichnet die Vorstellung einer Kulturgemeinschaft russischsprachiger Menschen im postsowjetischen Raum. Seit Mitte der 2000er Jahre werden diese Ideen durch den Kreml propagiert, die auf Schriften christlich-nationalistischer Philosoph*innen fußen. Die Russische Welt ist in deren Vorstellung der Gegenentwurf zum Westen.

2 Zu Beginn des Krieges ergaben Umfragen, dass etwa 70% die Politik des Kremls in Hinblick auf Donezk und Lugansk unterstützen (Umfrageergebnisse des unabhängigen Levada-Zentrums, Volkov 2022).

etwa ständig von westlichen Sanktionen und vermeintlich extremer Russenfeindlichkeit im westlichen Ausland die Rede ist. Die Selbstviktimsierung geht so weit, dass Russ*innen als »die neuen Juden« bezeichnet werden: So etwa sehr prominent in einem mittlerweile knapp 4 Millionen Mal geklickten (Stand: 26.3.2022) YouTube-Video der populären Rock-Band Leningrad, in dem im Hintergrund zwei Männer in traditionell-russischen Hemden zu sehen sind, auf denen in blau der Davidstern angebracht ist. Die Band singt in dem Lied vom »Genozid«, behauptet, »der Russe ist heute wie ein Jude im Berlin der 1940er« und benutzt dabei die extrem abwertende und antisemitische Bezeichnung »žid«. In den über 13.000 Kommentaren unter dem Video äußern sich die Menschen überwiegend positiv. Viele andere griffen diese Analogie auf, so etwa die Chefredakteurin von *Rossija Segodnja* (Russia Today) Margarita S. Simon'jan oder der Kreml-Propagandist Solov'ëv. So wird ein sehr integratives Narrativ aufgebaut: »Die Russen« sind gleichzeitig die Helden, die Befreier von den vermeintlichen Nazis, gleichzeitig aber auch die Opfer (Bloom/Moskalenko 2022).

Die jüdischen Organisationen in Russland reagieren unterschiedlich auf die Situation. Der Rabbiner Aleksandr M. Boroda, Präsident der Chabad- und auch Putin-nahen Organisation FEOR und Direktor des Jüdischen Museums und Toleranzentrums, sprach in einem Interview ebenfalls über die notwendige »Entnazifizierung« und legitimierte den Krieg bzw. die »Spezialoperation« in der Ukraine. Auch er sprach von vermeintlichen Angriffen auf einen russischen Laden in Deutschland, dessen eingeschlagene Scheiben ihn an die Kristallnacht erinnern würden (Klein 2022). Berl Lazar, Oberrabbiner und Vorsitzender von FEOR dagegen sprach sich gegen Gewalt und für eine friedliche Lösung des Konfliktes aus (Gross 2022). Der REK, der ansonsten in den sozialen Medien recht aktiv ist, verstummte für ein paar Tage. Mittlerweile bietet die Organisation einen psychologischen Dienst für Jüdinnen* Juden an, außerdem teilte sie Informationen über die Ausreise nach Israel für russische Staatsbürger*innen. Zudem, so kündigte der REK online an, findet am 15. April 2022 eine Pessach-Feier in Tel Aviv statt unter dem Titel »Ishod 2022« – Exodus 2022 (Posts auf dem Facebook-Auftritt des REK von Anfang März). Viele Vertreter*innen des REK befinden sich derzeit in Israel.

Es gibt noch viele, viele weitere Momente der letzten Wochen, die es wohl in den nächsten Arbeiten zu Narrativen über Jüdinnen*Juden, der Shoah und Israel in Russland (und dem postsowjetischen Raum) zu untersuchen gilt: Die Rede des ukrainischen Präsidenten Zelens'kij vor der Knesset; seine Facebook-Ansprache an Jüdinnen*Juden weltweit; die Beschädigung ukrainischer Shoah-Gedenkstätten in Babin Jar und Drobitc'kij Jar durch russische Raketen; die Veränderung der jüdischen Gemeinde in der Ukraine; die neu entstehenden außenpolitischen Konstellationen in Bezug auf Israel; antisemitische Strömungen sowohl in den ukrainischen als auch (und besonders) in den russischen Streitkräften (während über das ukrainische Aow-Regiment viel geschrieben wurde, wurde über russische Neonazis, wie etwa die Söldnergruppe Wagner laut geschwiegen); Rettungsaktionen internationaler jüdischer Organisationen sowie die Veränderung in den jüdischen Gemeinden durch die jüdischen Flüchtlinge aus der Ukraine, um nur einige zu nennen.

Auch stellt sich die Frage, welche langfristigen Auswirkungen die sich extrem verändernde und radikalisierte russische Gesellschaft haben wird und welche Rolle Jüdinnen*Juden darin einnehmen. Bisher scheint die Prognose eher düster. Wie von vielen Jüdinnen*Juden in Russland schon lange vor dem Krieg beschrieben, bestand immer ein Gefühl der Unsicherheit und Abhängigkeit vom Wohlwollen des Kremls. Die Ängste scheinen sich weitestgehend zu bewahrheiten: In der Rhetorik des Kremls finden sich zunehmend antisemitische Motive aus der Sowjetzeit, wenn etwa von der Opposition in Russland die Rede ist. Der Begriff »Juden« oder »Kosmopoliten« fällt zwar nicht, das ist aber auch nicht nötig, wenn von der »fünften Kolonne«, von »Verrätern« und von Illoyalität zu Russland die Rede ist (Bilewicz 2022). Die Message kommt trotzdem an: Ende März legten Unbekannte einen abgehackten Schweinekopf vor die Wohnungstür Aleksej Venediktovs, Chefredakteur des unabhängigen, im März verbotenen Senders *Echo Moskvy*. Venediktov hat jüdische Wurzeln, sah sich selbst allerdings nicht als Jude. Jurij Kanner, Präsident des REK, der auf einer russischsprachigen israelischen Nachrichtenseite über den Vorfall schrieb, kommentierte das Ereignis wie folgt: *»Juden ist diese Situation im Allgemeinen seit langem bekannt. Wo und warum auch immer damit begonnen wird, Fremde zu verfolgen, bleiben Juden doch immer das am besten erreichbare und zugleich verletzlichste Ziel. Wer auch immer sie selbst zu sein glauben«* (Kanner 2022, Übersetzung der Autor*innen).

Die Gründe für den Krieg gehen über die hier dargelegten hinaus, und betroffen von der russischen Gewalt sind vor allem die Ukrainer*innen, ganz egal, ob jüdisch oder nicht. Zukünftige Forschungsvorhaben sollten allerdings nicht unterschätzen, welche Bedeutung diese Narrative in diesem Krieg hatten und haben und dass Minderheiten als vulnerable Gruppen in sich zur Diktatur wandelnden Autokratien und vor allem auch in Kriegsgebieten besonders betroffen sind.

Alisa Gadas, Dalik Sojref
Ende März 2022

Literatur

- Aharon, B. / Aldubi, T. (2022): Fighting Online Antisemitism Report: Antisemitism on the social platform VKontakte, 16.01.2022, online unter: <https://foantisemitism.org/wp-content/uploads/2021/11/FOA-Report-Antisemitism-on-the-social-platform-VKontakte-1.pdf> (abgerufen am 20.01.2022).
- Al'tman, I. (2012): Krasnaja Armija i Cholokost: K postanovke problemy [Die Rote Armee und der Holocaust. Zur Problemstellung]. S. 86–93 in: E. Kuznetsova (Hg.), Cholokost na Territorii SSSR. Materialy XIX Meždunarodnoj ežegodnoj konferencii po iudaike, Bd. 1. Moskau: Sefer.
- Al'tman, I. (2021): Erinnerung an den Holocaust im heutigen Russland. In: [dekoder.org](https://www.dekoder.org), 02.06.2021, online unter: <https://www.dekoder.org/de/gnose/erinnerung-holocaust-russland> (abgerufen am 20.12.2021).
- Albert, G. / Anderson, Y. B. (2019): Starke Frauen, prekäre Lebenswelten: Alexander Askoldows »Die Kommissarin« neu gesehen. In: Geschichte der Gegenwart, 11.08.2019, online unter: <https://geschichtedergegenwart.ch/starke-frauen-prekaere-lebenswelten-alexander-askoldows-die-kommissarin-neu-gesehen/> (abgerufen am 01.12.2021).
- Aleksandrov, G. (1947): Iz zapiski G.F. Aleksandrova o necelesoobraznosti izdanija »Černoj knigi«, 03. fevralja 1947 god, Sekretarju CK VKP(b), Tov. Ždanovy A.A. [Aus einer Notiz G.F. Alexandrovs über die Unzweckmäßigkeit der Veröffentlichung des Schwarzbuchs, 3. Februar 1947, dem Sekretär des ZK der KPdSU, Genosse Schdanow A.A.].
- Altshuler, M. (2014): Jewish Combatants of the Red Army Confront the Holocaust. S. 16–35 in: H. Murav / G. Estraikh (Hg.), Soviet Jews in World War II: Fighting, Witnessing, Remembering. Boston: Academic Studies Press.
- Anisina, N.V. (2015): Muzej evrejskogo nasledija i Cholokosta kak mesto pamjati [Das Museum des Jüdischen Erbes und des Holocausts als Erinnerungsort]. S. 156–161 in: I. Al'tman / I. Kotler / J. Zaruski (Hg.): Cholokost: 70 let spustja. Materialy Meždunarodnogo Foruma i 9-j Meždunarodnoj konferencii »Uroki Cholokosta i Sovremennaja Rossija«. Moskau: Centr Cholokost.
- Anti-Defamation-League (ADL) (2019): Global 100. An index of Antisemitism, 21.11.2019, New York, online unter: <https://global100.adl.org/map> (abgerufen am 20.12.2021).
- Armborst, K. (2004): Von der Petition zum offenen Protest. Die wachsenden Emigrationsbestrebungen sowjetischer Juden in den 1970er Jahren. S. 45–72 in: J. H. Schoeps / K. E. Grözinger / W. Jasper / G. Mattenklott (Hg.), Menora, Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 15. Russische Juden und transnationale Diaspora. Berlin / Wien: Philo Verlagsgesellschaft.
- Armborst, K. (2007): Wechselseitige Dynamisierung von Protest und Repression. Die Auseinandersetzung um die Emigration sowjetischer Juden (1969 bis 1971). S. 160–179 in: H. Weber / U. Mähler / B. H. Bayerlein / H. Dähn / B. Faulenbach / E. Neubert / M. Wilke (Hg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007. Berlin: Aufbau Verlag.
- Assmann, A. (2007): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München: C.H.Beck Verlag.

- Beizer, M. (2004): Kampf um die Alijah. Die Otkazniki-Bewegung der 1980er Jahre am Beispiel Leningrads. S. 73–94 in: J. H. Schoeps / K. E. Grözinger / W. Jasper / G. Mattenkloft (Hg.), Menora, Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 15. Russische Juden und transnationale Diaspora. Berlin / Wien: Philo Verlagsgesellschaft.
- Ben Jakov, Ch. (2019): Mify o »pjatoj kolonne« i problema dvojnoj lojal'nosti. Evrei postsovetskoj Evro-Azii i gosudarstvo Izrail' [Mythen über die »fünfte Kolonne« und das Problem der doppelten Loyalität. Postsowjetische Juden Eurasiens und der Staat Israel], 27.03.2019, online unter: <https://institute.eajc.org/eajpp-17/> (abgerufen am 15.12.2021).
- Bilewicz, M. (2022): Putin Is Reviving Soviet-era Antisemitism to Crush Opposition to His War on Ukraine. In: Haaretz, 24.03.2022, online unter: https://www.haaretz.com/world-news/.premium-putin-revives-soviet-era-antisemitism-to-crush-opposition-to-his-war-on-ukraine-1.10695111?utm_source=traffic.outbrain.com&utm_medium=referrer&utm_campaign=outbrain_organic (abgerufen am 30.03.2022).
- Bloom, M. / Moskalenko, S. (2022): Ukraine War: Why Putin's Propagandists Claim They're the »New Jews«. In: Haaretz, 15.03.2022, online unter: <https://www.haaretz.com/world-news/.premium.HIGHLIGHT-ukraine-war-why-russian-propagandists-now-claim-they-re-the-new-jews-1.10675492> (abgerufen am 20.03.2022).
- Bogoraz, L. (1972): Čuvstvuj li ja sebja Čast'ju evrejskogo naroda? [Fühle ich mich als Teil des Jüdischen Volkes?] In: »Evrei v SSSR« 1, online unter: <http://booknik.ru/yesterday/history-of-protest/bez-rodiny-bez-natsii-bez-svoeyi-sredy/> (abgerufen am 12.12.2021).
- Bol'shaja sovetskaja ěnciklopedija (1953): Antisemitizm [Antisemitismus]. S.512–513; Bd.2., 2. Auflage. Moskau: Bol'shaja sovetskaja ěnciklopedija.
- Brent, J. / Naumov, V. (2003): Stalin's last Crime. The Doctors' Plot. London: John Murray Publishers Ltd.
- Cantorovich, N. (2007): Soviet Reactions to the Eichmann Trial. A Preliminary Investigation 1960–1965. S. 103–141 in: Yad Vashem Studies 35(2).
- Central Bureau of Statistics, Israel (2012): Immigration to Israel 2007–2010, Table 2: Immigrants by period of immigration, last continent and country of residence, 20.06.2012, online unter: https://www.cbs.gov.il/he/publications/doclib/2012/1483_immigration/pdf/tab02.pdf (abgerufen am 15.12.2021).
- Central Bureau of Statistics, Israel (2020): Immigration to Israel 2019, Diagram 4: Total Immigrants, Immigrants from the USSR (former) and Immigrants from Russia, 2009–2019, 26.07.2020, online unter: https://www.cbs.gov.il/he/mediarelease/doclib/2020/223/21_20_223t18.pdf (abgerufen am 15.12.2021).
- Čerkasski, A. (2013): Mesto Cholokosta v Sovetskom memorial'nom landšafte [Verortung des Holocausts in der sowjetischen Erinnerungslandschaft]. S. 85–103 in: A. Zel'cer, (Hg.), Vojna, Cholokost i istoričeskaja pamjat'. Materialy XX Meždunarodnoj ežegodnoj konferencii po iudaike, Bd.4. Moskau: Sefer.

- Chanin, V. (2019): Antisemitism and Philo-Semitism in Russia and Ukraine. From Evolution to Revolution. Tel Aviv / Herzliya: Euroasian Jewish Congress – Institute for Euro-Asian Jewish Studies, online unter: https://institute.eajc.org/wp-content/uploads/2019/05/mongraphy_web_en.pdf (abgerufen am 10.1.2022).
- Chanin, V. / Černin, V. (2020): Jewish Identity in the Post-Soviet Countries: Parameters, Models and Challenges. Tel Aviv / Herzliya: Euroasian Jewish Congress – Institute for Euro-Asian Jewish Studies.
- Dekel-Chen, J. (2018): Between Myths, Memories, History, and Politics. S. 91–106 in: *The Public Historian* 40 (4).
- Dohrn, V. (1991): Massenexodus oder Erneuerung der jüdischen Kultur? Die jüdische Bewegung in der Sowjetunion. S. 102–121 in: *Osteuropa* 41 (2).
- Dolin, A. (2021): »Babij Jar. Kontekst« – dokumental’nyj fil’m Sergeja Loznicy o Cholokoste i zagovore molčanija [»Babij Jar. Kontekst« – Dokumentarfilm Sergej Loznic’ über den Holocaust und die Verschwörung des Schweigens]. In: *Meduza*, 14.07.2021, online unter: <https://meduza.io/feature/2021/07/14/babiy-yar-kontekst-dokumentalnyy-film-sergeya-loznitsy-o-holokoste-i-zagovore-molchaniya> (abgerufen am 21.01.2022).
- Elektronnaja evrejskaja ěnciklopedija (1992): Antisemitizm v 1970–1980e gg. [Antisemitismus in den 1970er – 1980er Jahren], online unter: <https://eleven.co.il/diaspora/judeophobia-anti-semitism/15402/#0401/> (abgerufen am 11.01.2022), basierend auf der Kratkaja evrejskaja ěnciklopedija, Zusatz I. 4, S. 1–52, Jerusalem: Obščestvo po Issledovaniju Evrejskich Obščin.
- Elektronnaja evrejskaja ěnciklopedija (1996): Evrei v Sovetskom Sojuze v 1967–85gg. [Juden in der Sowjetunion von 1967–1985], online unter: <https://eleven.co.il/jews-of-russia/history-in-ussr/15420/> (abgerufen am 11.01.2022), basierend auf der Kratkaja evrejskaja ěnciklopedija, Bd. 8, S.267–284, Jerusalem: Obsčestvo po Issledovaniju Evrejskich Obsčin.
- Elektronnaja evrejskaja ěnciklopedija (1996a): Evrei v gody perestrojki [Juden in den Jahren der Perestroika], online unter: <https://eleven.co.il/jews-of-russia/history-in-ussr/15421/> (abgerufen am 11.01.2022), basierend auf der Kratkaja evrejskaja ěnciklopedija, Bd. 8, S.284–289, Jerusalem: Obščestvo po Issledovaniju Evrejskich Obščin, 1996.
- Elektronnaja evrejskaja ěnciklopedija (2005): Kosmopolity [Kosmopoliten], online unter: <https://eleven.co.il/jews-of-russia/state-and-anti-semitism/12203/> (zuletzt aktualisiert am 14.05.2020, abgerufen am 11.01.2022), basierend auf der Kratkaja evrejskaja ěnciklopedija, 1988 Bd. 4, S.525–527, Jerusalem: Obščestvo po Issledovaniju Evrejskich Obščin, 1988.
- Fürst, J. (2022): On Ukraine, Putin, and the Realities and Rhetoric of War. In: *New Fascism Syllabus Blog*, 26.02.2022, online unter: <http://newfascismsyllabus.com/contributions/on-ukraine-putin-and-the-realities-and-rhetoric-of-war/?fbclid=IwAR1y4J2M4UUnAryJR66eN-tSa88HFBUjviW5qOB9gokw2TRE8jQMbft4XNM> (abgerufen am 20.03.2022).

- Gershenson, O. (2013): *The Phantom Holocaust. Soviet Cinema and Jewish Catastrophe*. New Brunswick: Rutgers University Press.
- Gilboa, J. (1971): *The Black Years of Soviet Jewry, 1939–1953*. Boston: Little, Brown and Company.
- Gitelman, Z. (1997): *Politics and the Historiography of the Holocaust in the Soviet Union*. S. 14–42 in: Ders. (Hg.), *Bitter Legacy. Confronting the Holocaust in the USSR*. Bloomington: Indiana University Press.
- Gitelman, Z. (2014): *Afterword: Soviet Jews in World War II. Experience, Perception and Interpretation*. S. 251–263 in: H. Murav / G. Estraiikh (Hg.), *Soviet Jews in World War II. Fighting, Witnessing, Remembering*. Boston: Academic Studies Press.
- Gross, J. (2022): »Putin's rabbi« calls for end to war in Ukraine, offers to mediate. In: *Times of Israel*, 03.03.2022, online unter: <https://www.timesofisrael.com/putins-rabbi-calls-for-end-to-war-in-ukraine-offers-to-mediate/> (zuletzt abgerufen am 20.03.2022).
- Grüner, F. (2008): *Patrioten und Kosmopoliten. Juden im Sowjetstaat 1941–1953*. Wien: Böhlau Verlag.
- Grüner, F. (2021): *Sowjetbürger, Religionsgemeinschaft, Nationale Minderheit. Juden und Jüdisches Leben in der Sowjetunion*. S. 40–47 in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71(16).
- Hirsch, F. (2022): *Putin's Memory Laws Set the Stage for His War in Ukraine*. In: *Lawfare*, 28.02.2022, online unter: <https://www.lawfareblog.com/putins-memory-laws-set-stage-his-war-ukraine> (abgerufen am 20.03.2022).
- Ioffe, Ė. (2017): *Belorusskie evrei v Bor'be s nacizmom v 1941–1945gg.* [Belarussische Juden im Kampf mit dem Nazismus 1941–1945]. S. 69–97 in *Žurnal rossijskich i vostočnoevropejskich istoričeskich issledovanij* 4(11).
- Jakovenko, I. (2013): *Mediafrenija. Tuchlyj zapach Putinskogo glamura* [Mediaphrenie. Fauler Gestank des Putinsches Glamours]. In: *Ežednevnyj žurnal*, 06.08.2013.
- Kaltseis, M. (2017): *Wladimir Solowjow*. In: *dekoder.org*, Dossier: *Alles Propaganda? Russlands Medienlandschaft*, 13.09.2017, online unter: <https://www.dekoder.org/de/gnose/wladimir-solowjow-moderator> (abgerufen am 20.01.2022).
- Kanner, J. (2012): »Čelovek po familii Farber...« [»Ein Mensch mit dem Namen Farber...«], 04.12.2012, online unter: <https://web.archive.org/web/20130406001947/http://help.rjc.ru/site.aspx?SECTIONID=91208&IID=2258369> (abgerufen am 15.12.2021).
- Kanner, J. (2022): *Aleksej Venediktov i effekt svinoj golovy* [Aleksej Venediktov und der Effekt des Schweinekopfes]. In: *Vesti*, 25.03.2022, online unter: <https://www.vesty.co.il/main/opinions/article/skzq1xsf5> (abgerufen am 26.03.2022).
- Karlsson, K. (2013): *The Reception of the Holocaust in Russia*. S. 487–515 in: J.-P. Himka / J. B. Michlic (Hg.), *Bringing the Dark Past to Light. The*

- Reception of the Holocaust in Postcommunist Europe. Lincoln / London: University of Nebraska Press.
- Klein, Z. (2022): Russian rabbi: Hard to understand why neo-Nazism asserting itself in Ukraine. In: Jerusalem Post, 22.03.2022, online unter: <https://www.jpost.com/diaspora/article-702045> (abgerufen am 24.03.2022).
- Kolesnikov, A., 2020: Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes, Osteuropa 70 (6): 3-28.
- Komaromi, A. (2015): Project for the Study of Dissidence and Samizdat. Toronto: University of Toronto Libraries, online unter: <https://samizdatcollections.library.utoronto.ca> / <https://samizdatcollections.library.utoronto.ca/content/timeline-jewish-movement-soviet-union#text> (abgerufen am 20.11.2021).
- Korobov, P. (2015): Evrei rešili ne konfliktovat' na blago strany [Juden beschließen den Konflikt zum Wohle des Landes beizulegen]. In: Kommersant, 19.03.2015, online unter: <https://www.kommersant.ru/doc/2689382> (abgerufen am 14.12.2021).
- Kostyrčenko, G. (1995): Out of the Red Shadows. Anti-Semitism in Stalin's Russia. Amherst: Prometheus Books.
- Kostyrčenko, G. (2001): Tajnaja politika Stalina. Vlast' i antisemitism [Stalins Geheimpolitik. Macht und Antisemitismus]. Moskau: Meždunarodnye otnošenija.
- Kreml (2016): Vstreča s členami Ispolnitel'nogo komiteta Evropejskogo evrejskogo kongressa [Treffen mit den Mitgliedern des Vorstands des Europäischen Jüdischen Kongresses], 19.09.2016, online unter: [kremlin.ru/d/51184](http://www.kremlin.ru/d/51184) (abgerufen am 20.01.2022).
- Kreml (2020): Rede V. Putins beim Forum »Sochranjaem pamjat' o Cholo-koste, boremsja s antisemitizmom« [An den Holocaust erinnern, Antisemitismus bekämpfen], 23.01.2020, online unter: <http://www.kremlin.ru/events/president/transcripts/62646> (abgerufen am 15.01.2022 2022).
- Lipič, O. (2014): Boroda: Rossija – »ostrov spokojstvija« dlja evreev na fone Evropy« [Boroda: Russland – »Insel der Ruhe« für Juden im Vergleich zu Europa]. In: Ria Novosti, 07.11.2014, online unter: <https://ria.ru/20141107/1032119876.html> (abgerufen am 14.12.2021).
- Mochalova, V. (2017): Jewish Museums in Moscow. S. 150–169 in: A. Polonsky / H. Węgrzynek / A. Żbikowski (Hg.), New Directions in the History of the Jews in the Polish Lands. Boston: Academic Studies Press.
- Murav, H. (2014): Soviet Jews in World War II: Fighting, Witnessing, Remembering. Boston: Academic Studies Press.
- Nosenko, T. (2011): Vnešnepolitičeskie interesy sovetskogo sojuza i vosstanovlenie otnošenij s izrailem 1985–1991 [Die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion und die Wiederherstellung der Beziehungen zu Israel 1985–1991]. S. 31–48 in: T. A. Karasova / V. V. Mochalova / A. D. Epstein (Hg.), Izrail', Rossija i Russkojazyčnoe evrejstvo v kontekste meždunarodnoj politiki. Materialy XVIII Meždunarodnoj ežegodnoj konferencii po iu-

daike, Bd.3. Moskau: Sefer.

Novye Izvestija 2020): Evrej so znakom kačestva: kak dejstvoval znamenityj sovetskij »pjatyj punkt« [Ein Jude mit Gütesiegel: Wie wirkte der berühmte sowjetische »fünfte Punkt«] (05.11.2020), online unter: <https://newizv.ru/news/society/05-11-2020/evrey-so-znakom-kachestva-kak-deystvoval-znamenityj-sovetskij-pyatyy-punkt> (abgerufen am 11.01.2022).

Ogareva, A. (2018): Trinadcataja Simfonia [Dreizehnte Sinfonie]. In: Sem' Iskustv 8(101), online unter: <https://7i.7iskusstv.com/2018-nomer8-ogareva/> (abgerufen am 15.01.2022).

Oks, V. (2004): Schwieriges Erbe, viel Engagement. Jüdisches Gemeindeleben und jüdische Neuorganisation in den postsowjetischen Staaten. S. 95–118 in: J. H. Schoeps / K. E. Grözinger / W. Jasper / G. Mattenklott (Hg.), Menora, Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 15. Russische Juden und transnationale Diaspora. Berlin / Wien: Philo Verlagsgesellschaft.

Pinkus, B. (1984): The Soviet Government and the Jews 1948–1967. A Documented Study. Cambridge: University Press.

Pinkus, B. (2005): Change and Continuity in Soviet Policy towards Soviet Jewry and Israel, May-December 1948. S. 96–123 in: Israel and the Diaspora: New Perspectives, Israel Studies 10(1).

Putin, V. (2022): Kriegserklärung. Die Ansprache des russländischen Präsidenten am Morgen des 24.2.2022, übers. v. V. Weichsel und O. Radetzkaja. In: Osteuropa, online unter: <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/vladimir-putin-ansprache-am-fruehen-morgen-des-24.2.2022/> (abgerufen am 20.03.2022).

Putin, V. (2022): Rede an die Nation vom 21.02.2022, übers. v. V. Weichsel. In: Osteuropa, online unter: https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/?fbclid=IwAR3_NvfCre8F8W2Hp5aUMs36OE_yOmiEA6lc-mVimsQ4kFN2sSwvnSGoLwTY (abgerufen am 28.02.2022).

Romanova, E. (2022): Doroga k ovragu [Der Weg zur Schlucht]. In: Novaya Gazeta, 25.01.2022.

Rossijskij evrejskij kongress (2021): Skol'ko v rossii evreev [Wie viele Juden gibt es in Russland], 29.10.2021, online unter: <https://rjc.ru/ru/news/2498-skolko-v-rossii-evreev> (abgerufen am 11.01.2022).

Rubenstein, J., Naumov, P. (2001): Stalin's Secret Pogrom. The Postwar Inquisition of the Jewish Anti-Fascist Committee. New Haven: Yale University Press.

Sacharov-Zentrum (ohne Datum): Suslenskij, Jokov Michajlovič. Online unter: <https://www.sakharov-center.ru/asfcd/auth/?t=author&i=2075> (abgerufen am 15.12.2021).

Satanovsky, E. (2002): Organized national life of Russian Jews in the late Soviet and post-soviet era. A view from Moscow. S. 29–45 in: Jewish Political Studies Review 14(1/2).

- Semenčenko, N. (2011): Obščestvenno-političeskie kontakty meždu SSSR i Izrailem v period otsutstvija diplomatičeskich otnošenij (1967–1987) [Gesellschaftspolitische Kontakte zwischen der UdSSR und Israel in der Zeit der nicht vorhandenen diplomatischen Beziehungen]. S. 8–30 in: Izrail', Rossija i Russkojazyčnoe evrejstvo v kontekste meždunarodnoj politiki. Materialy XVIII Meždunarodnoj ežegodnoj konferencii po iudaike, Bd.3. Moskau: Sefer.
- Simkin, L. (2019): Intervju Alla Gerber: »U nas bil genozid pamjati« [Interview Alla Gerber: »Bei uns gab es einen Genozid der Erinnerung«]. In: Jewish Magazine, 20.11.2019, online unter: <https://jewishmagazine.ru/articles/intervyu/alla-gerber-u-nas-byl-genotsid-pamyati/> (abgerufen am 15.01.2022).
- Soldatov, A. (2017): »Protokoly sioniskich mudrecov« priobščili k ugolovnomy delu, [Die »Protokolle der Weisen von Zion« sind Teil eines Strafverfahrens] in: Novaja Gazeta, 28.11.2017, online unter: <https://novaya-gazeta.ru/articles/2017/11/28/74717-po-protokolam-sionskih-mudretsov> (abgerufen am 20.11.2021).
- Stanley, J. (2022): Der Antisemitismus hinter Putins Forderung nach »Entnazifizierung« der Ukraine. In: Geschichte der Gegenwart, 09.03.2022, online unter: https://geschichtedergegenwart.ch/der-antisemitismus-hinter-putins-forderung-nach-entnazifizierung-der-ukraine/?fbclid=IwAR2TGdDbYVowBIFVj3PvHdX6enX12Vs1X3Pg_W1ex9r81zWRoxAlzpbY8mQ (abgerufen am 20.03.2022).
- Tass (2022): Putin poručil predusmotret' v plane vospitatel'noj raboti dni pamjati o genozide narodov [Putin will Gedenktage für den Genozid an den Völkern in den Bildungsplan aufnehmen]. In: Tass.ru (29.01.2022), online unter: https://tass.ru/obschestvo/13563799?fbclid=IwAR3-KdkwUmmKEJ4n3-OFVPP6NEOZAwxrc7stnWHNkwapfT_C68RU9xGhYRI (abgerufen am 31.01.2022).
- Tolts, M. (2004): Demographische Trends unter den Juden der ehemaligen Sowjetunion. S. 15–44 in: J. H. Schoeps / K. E. Grözinger / W. Jasper / G. Mattenklott (Hg.), Menora, Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 15. Russische Juden und transnationale Diaspora. Berlin / Wien: Philo Verlagsgesellschaft.
- Verchovskij, A. / Pribylovskij, V. (1996): Nacional-patriotičeskije organizacii v Rossii. Istorija, ideologija, ekstremistskie tendencii [National-Patriotische Organisationen in Russland. Geschichte, Ideologie, extremistische Tendenzen] Moskau: Panorama/SOVA-Zentrum, online unter: <https://www.sova-center.ru/files/books/pano-nat-patr-1996.pdf> (abgerufen am 27.12.2021).
- Volkov, D. (2022): Putin uveren, čto graždane Rossii podderživajut priznanie DNR i LNR. No tak li čto na samom dele? Interv'ju Denisa Volkova [Putin ist sich sicher, dass die Bürger Russlands die Anerkennung der DNR und LNR befürworten. Doch wie ist es wirklich? Interview mit Denis Volkov]. In: Levada, 24.02.2022, online unter: <https://www.levada.ru/2022/02/24/putin-uveren-čto-graždane-rossii-podderzhivayut-priznanie-dnr-i-lnr->

no-tak-li-eto-na-samom-dele-intervyu-denisa-volkova/ (abgerufen am 20.03. 2022).

Yandex Zen (2021): Vserossijskaja perepis' naselenija 2021 – V rossii proživajet ne menee milliona evreev? [Russische Volkszählung 2021 – In Russland leben nicht weniger als eine Million Juden?]. online unter: https://zen.yandex.ru/media/id/5f4cc12c24f6974cacef24ae/vserossiiskaia-perepis-naseleniia-2021--v-rossii-projivaet-ne-menee-milliona-evreev-617f9f1944fa1208afa45d78?fbclid=IwAR3KWJtBqWYJlvR-Kf2cKv_fpLW1nHgcElajgDBv-fApFFYjGooibSDERU28 (abgerufen am 20.01.2022).

Zelenina, G. (2018): »Our Community is the Coolest in the World«. Chabad and Jewish Nation-Building in Contemporary Russia. S. 249–279 in: Contemporary Jewry 38(2).

Zeltser, A. (2019): Unwelcome Memory. Holocaust Monuments in the Soviet Union. Jerusalem: Yad Vashem.

Über die Autor*innen

Alisa Gadas wurde in Moskau geboren, ihre Familie emigrierte in den 1990er Jahren nach Deutschland und Israel. Sie studierte Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und forscht zu Erinnerungskultur(en) in Israel, Russland, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und arbeitet im Bereich der historisch-politischen Bildung. Sie ist außerdem Geschäftsführerin von Amcha Deutschland e.V.

Dalik Sojref wurde 1958 in der ehemaligen Sowjetunion geboren, in eine rabbinische Familie aus dem Shtetl in der Ukraine, die – wie viele andere im traumatisierten Europa nach dem Krieg – versucht hat, das neue Kapitel im Buch des Lebens aufzuschlagen. In Moldawien aufgewachsen, nach einem naturwissenschaftlichen Studium und Promotion in Moskau zog er 1986 nach Ost-Berlin und arbeitete bis zur Vereinigung Deutschland als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften. Seit 1993 ist er als Berater und Dozent tätig, vornehmlich in multinationalen und multidisziplinären EU-Projekten, nach Abschluss einer zusätzlichen psychotherapeutischen Ausbildung als Psychologe in Berlin sowie freiberuflich als Guide im Jüdischen Museum Berlin tätig.

